

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,60 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Nicht im Irrtum verharren!

„Kann mir jemand überzeugend dartun, daß ich nicht richtig urteile oder verfare, so will ichs mit Freunden anders machen.“ Marc Aurel.

Die Volkserfahrung hat in einem allbekannten Sprichworte festgelegt, daß das Irren ein wesentliches Merkmal des Menschen sei. Wie oft muß jeder in seinem Leben Urteile ändern, Arbeiten umlernen, Irrwege verlassen! Doch ist es keine seltene Erscheinung, daß Menschen auf ihren Ansichten verharren, wenn sie auch schlagend ihrer Unrichtigkeit überführt werden; daß sie sich nicht bestimmen lassen, von Irrwegen auf den sichern Pfad zurückzukehren. Hochmut übersteigt oft die Vernunft und Eigeninn das Wahrheitsgefühl.

Wie schwer es fällt, eigne Urteile aufzugeben und fremden zuzustimmen, zeigt sich an der Festigkeit des Wortgefechtes über Meinungsverschiedenheiten, das oft Freunde zu Gegnern macht. Gewiß wäre es feige und unmännlich, wollte man sich ein durch Beobachtung und Nachdenken erworbenes Urteil über allgemeine Fragen, Welt- und Menschenverhältnisse ohne Verteidigung umstoßen lassen. Doch ist es andererseits ein Zeichen der Feigheit und der Befähigung zur objektiven Wahrheitskenntnis, wenn man die Meinung des Gegners ruhig anhört, sie prüft, mit der eigenen vergleicht und sie gegebenen Falles als die richtige annimmt. Wenn die Wahrheit mehr gilt als sein Ich, das nur zu leicht irren kann, der empfindet sogar Freude, wenn ihn ein Freund vom Irrtum zur Wahrheit führt.

Ohne Tadel und mit vollem Erfolge zu arbeiten — ist dem Meister vorbehalten. Der Lernende leistet mehr oder weniger Stumpfsinn; manchmal hat er schon das Seine getan, wenn er zu Anfang sein Arbeitsmaterial nicht verdirbt. Wer vorwärts kommen will, muß seine Fehler einsehen und bessern lernen; hier wäre Halsstarrigkeit ein Dokument der Dummheit. Ein kluger, strebsamer Mensch nimmt dankbar Winke zur Förderung der Arbeit an. Glücklich, wer den Meister gefunden, der Irrtümer mit Wohlwollen tadeln und rechte Wege anweist! Glücklich, wer es mit einem Lernenden zu tun hat, der sein Urteil dem Forum der Wahrheit und seine Handlungen der Wirklichkeit und der Lebenspraxis unterstellt!

### Unsere Abrechnung für das Jahr 1911.

Wie im Jahre 1910, so hat sich der christliche Metallarbeiterverband auch im Jahre 1911 wiederum einen bedeutenden Schritt nach vorwärts entwickelt; wenn auch die stille Hoffnung, die Mitgliederzahl 50 000 zu erreichen, sich nicht erfüllt hat. Die Mitgliederzahl am Jahres-schluß betrug 43 302 gegen 33 963 am Jahresanfang, so daß wir eine Zunahme von 9 339 Mitglieder verzeichnen können. Die Entwicklung wäre noch eine bedeutend bessere gewesen, wenn sich nicht im 2. Halbjahr eine Lähmung der Spannkraft in der deutschen Gewerkschaftsbewegung allgemein bemerkbar gemacht hätte, die auch auf unseren Verband zurückwirkte. Trotz dieser Erscheinung hat der christliche Metallarbeiterverband von den christlichen Gewerkschaften die beste Entwicklung zu verzeichnen; ein Beweis dafür, daß eine gesunde Agitationskraft in unseren Reihen vorhanden ist.

Die Neuaufnahmen im Berichtsjahre im Vergleich zu denen der Vorjahre zeigt folgende Tabelle:

	1908	1909	1910	1911
Männliche Mitglieder	7 951	7 191	16 163	17 410
Weibliche und jugendliche	391	267	1 249	1 488
Jugendklasse	—	—	1 813	3 307
Übertritte aus and. Verbänden	—	—	568	1 573
Gesamtsumme	8 342	7 458	20 093	23 766

Die Fluktuation war also im Jahre 1911 eine bedeutend größere wie 1910. Das hat zum Teil seinen Grund darin, daß in kampffreien Jahren zahlreiche Arbeiter sich nur aus selbstsüchtigen Motiven dem Verbands anschließen, um sich ein Anrecht auf Streikunterstützung zu sichern und dann nach beendeter Kampfe strupellos der Organisation wieder den Rücken zuzehren. Wie viele Tausende Mark diese Kassenmarder auch im Jahre 1911 wieder dem Verbands gekostet haben, werden wir im Geschäftsbericht zur Generalversammlung noch nachweisen. Wenn andere Verbände noch glauben, dieses Kassenmardertum in Schutz nehmen zu müssen, ist das nur ein Beweis dafür, wie gering man in jenen Verbänden die von den treuen langjährigen Mitgliedern aufgebracht Beiträge wertet. Die so stark in die Erscheinung tretende Fluktuation muß aber auch überall Veranlassung sein, mehr Mittel und Wege ausfindig zu machen und anzuwenden, um durch eifrige Agitation erworbene Mitglieder auch dauernd im Verbands zu erhalten.

Entsprechend der Mitgliederzunahme sind auch die Einnahmen des Verbandes gestiegen, sie betragen:

	1910	1911
Eintrittsgeld	8 831,70 Mark	9 150,80 Mark
Beiträge	676 835,05	893 194,60
Delegiertenbeiträge	7 898,50	10 288,90
Sokalbeiträge	1 8 432,73	169 449,16
Sonstige Einnahmen	55 215,42	49 766,47
Zusammen	857 313,00	1 131 849,93

Damit haben wir in diesem Jahre zum ersten Male die erste Million an Einnahmen überschritten und wir hoffen, daß alle Kollegen mitwirken, damit wir recht bald zwei Millionen Jahreseinnahmen verzeichnen können.

Ohne die gesteigerten Einnahmen wäre es nicht möglich gewesen, die langen und kostspieligen Kämpfe zu führen, die im Interesse unserer Metallarbeiter notwendig waren.

Auch die Ausgaben für die übrigen Unterstützungen sind zum Teil bedeutend gestiegen, wie folgender Vergleich mit den beiden Vorjahren zeigt:

	1909	1910	1911
	Mark	Mark	Mark
Streikunterstützung	6 553,50	5 562,46	5 970,15
Amzugunterstützung	4 620,73	4 705,31	7 384,55
Erwerbslosenunterstützung			
a) bei Krankheit	131 890,03	134 982,34	153 301,25
b) bei Arbeitslosigkeit	54 874,78	29 710,63	23 497,32
Streikunterstützung	29 804,20	184 592,90	285 818,78
Unterstützung bei Wahrungelung	3 388,81	3 607,59	4 237,09
„ Sterbefällen	3 415,—	4 722,50	4 330,—
Rechtsschutz	4 070,67	5 117,44	4 072,56
Notfallunterstützung	1 248,70	2 043,87	2 598,40
	239 366,41	375 045,04	491 210,10

Es sind also über 100 000 Mark mehr für Streiks verausgabt worden, als im vorhergehenden Jahre. Wir werden in nächster Zeit durch unsere Streikstatistik nachweisen, daß diese 285 000 Mark nicht ungenutzt für unsere Kollegen verausgabt wurden.

Das Vermögen des Verbandes ist gestiegen von 1 020 268,32 Mark auf 1 146 664,68 Mark, so daß wir trotz der hohen Streikausgaben noch eine Vermögenszunahme von 126 396,36 Mark verzeichnen können. Also einen Kampffond von 26,45 Mark pro Mitglied. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat einen

„eisernen“ Fond von 20 Millionen Mark für seine Mitglieder für notwendig, das würde auf seine Mitgliederzahl ungerechnet ungefähr 40 M. Vermögen pro Mitglied ausmachen. Sein jetziger Kampffond pro Mitglied beträgt 12,34 M. Er ist also von den notwendigen 40 M. Vermögen pro Mitglied noch weiter entfernt wie wir. Trotzdem freuen wir uns, daß der deutsche Metallarbeiterverband sich endlich zu der Erkenntnis aufgeschwungen hat, daß mit einem „Kampffond“ von 8—10 M. pro Mitglied, wie er ihn noch vor zwei Jahren verzeichnete, eine Organisation trotz hoher Mitgliederzahlen ohnmächtig ist. Unsere Mitglieder aber werden daraus ersehen, daß auch wir weiter rüsten müssen, daß auch unser Kampffond mehr gestärkt werden muß und daß unsere diesjährige Generalversammlung sich ganz besonders mit dieser Frage beschäftigen muß.

### Zur Tragödie im Ruhrrevier.

Ungeheuren Schaden hat schon die Zusammenkoppelung so grundverschiedener Dinge, wie es Gewerkschaft und Sozialdemokratie sind, in der deutschen Arbeiterbewegung angerichtet. Das zeigte sich mit Deutlichkeit wieder beim letzten Teilstreit der Bergleute im Ruhrrevier. Gegenwärtig soll die Gewerkschaft leisten; mit den jeweils vorhandenen Mitteln, unter kluger Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse soll sie auf eine dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiter-schaft hinarbeiten. Diesen gewerkschaftlichen Grundsatz haben die „Führer“ der sozialdemokratischen Bergarbeiter wie wir in der vorigen Nummer ausführlich nachgewiesen, in der schändlichsten Weise mit Füßen getreten. Den Grundsatz der Gewerkschaft, aufbauende Arbeit zu leisten, haben sie den Grundsätzen einer Partei untergeordnet, welche die Zerstörung auf ihre Fahne geschrieben hat. Wie lange noch, so fragt man sich unwillkürlich, will die deutsche Arbeiter-schaft diese Leute bei ihrem Verräter-spiel gewähren lassen; wie lange noch will sie sich von ihnen um unsinniger Zukunftshantierungen willen um eine erträgliche Gegenwart betrügen lassen?

Ob die betrogenen Massen im Ruhrrevier den Judas-scheit der Sozialdemokratie bald durchschauen? Fast scheint es so. Mut und Empörung packte die Betrogenen, als sie von dem Beschlusse des Streikabbruchs Kenntnis erhielten durch dieselben Leute, die sie tags vorher noch durch die Lüge, daß es immer besser um den Streik stehe, in falsche Hoffnungen gewiegt hatten. „Verraten, verkauft“ riefen die Massen. — Und die Verräter? Feige wichen sie der Verantwortung für ihre Taten aus und suchten statt dessen die Betrogenen durch eine nicht mehr zu über-treffende Hege gegen den christlichen Gewerksverein auf neue irre zu leiten. Durch die gesamte sozialdemokratische Presse ergoß sich eine einzige Schlammslut an Schmähungen, Verdächtigungen und Beleidigungen der christlichen Gewerkschaften und ihrer Führer.

Die Art und Weise, wie die sozialdemokratische Presse die Situation zu retten sucht, ist der beste Beweis für die verzweifelte Lage, in die die roten „Führer“ durch den Zusammenbruch geraten sind. Hesse was helfen mag! dachte da der „Korrespondent“ für Deutschlands sozialdemokratische Buchdrucker. In 10 Spalten des „kostenbaren“ Raumes seiner Nr. 34 leistet er sich die tollsten Verrentungen der Wahrheit, um den roten Zusammenbruch im Ruhrrevier zu einem „Verräterstück auf dem „christlichen Spielplane“ umzu-bichten. Das Blatt ist sogar so glücklich, „eine Dase in der Wüste der systematischen Abwendung aller Sympathien von den streikenden Berg-leuten entdeckt zu haben, nämlich einen einzigen Artikel, den sich der weit vom Schuß erscheinende „Breslauer Generalanzeiger“ als Ruducksei ins Nest legen ließ. Was er sonst für seine Meinung zitteren kann, das ist die „nicht tarif-treue“ scharfnaderische Rheinisch-Westfälische Kol-len-tante, die zwei bekannten Blätter der Börsejuden von Frankfurt und Berlin und einige seiner roten Geschwister. Damit ist nun natürlich den Christen nicht beizukommen, denkt der „Korrespondent“ ganz richtig — doch halt; da erinnert er sich „eines verlumpten Kerls“, der in Badisch-Rhein-land damals eine Rolle gespielt haben soll. Der rote Zusammenbruch an der Ruhr hat also auch in der „Korrespondent“-Redaktion gräßliches Unheil angerichtet; denn selbst ein Genosse, der seiner gesunden fünf Sinne noch mächtig ist, würde sich hüten, die Taten eines Borhözler, der sich damals zum Büttel des Staatsanwalts gegen organisierte Arbeiter hergab, gegen die christlichen Gewerkschaften auszuspielen zu wollen. Wenn der „Korrespondent“ also durchaus einen „notorischen Lumpen“ als Prügelknaben zur Beruhigung der betrogenen Bergleute braucht, so mag er den gefälligst nicht im Ruhrrevier suchen.

Auch bei der „Metallarbeiterzeitung“ wird das Unglaubliche Ereignis. „Eine verlorene Schlacht! Verloren durch die Tücke eigener Klassengenossen! Das ist hart.“ Mit diesen Worten leitet sie den Bericht über das un-rühmliche Ende des Teilstreiks an der Ruhr ein. Wer aber nun glaubt, das Blatt würde die Hue, Sachse und Genossen wegen ihres ungewerkschaftlichen Vorgehens der Tücke und des Verrats an den Interessen ihrer Klasse-genossen beschuldigen und ihnen die in der nachstehenden Hebe des Kollegen Giesberts zitierten Worte Alexander Schlicke's zur Beachtung empfehlen, würde die Einsicht der „Metallarbeiterzeitung“ überschätzt haben. Auch dieses Blatt läßt die Gelegenheit, den „Rebellen“ in seinem Lager zu zeigen, wie sich die Außerachtlassung gewerkschaftlicher Regeln rächen muß, vorübergehen. Es stimmt statt dessen in das Butzgeuß gegen jene ein, die sich mit anerkennenswerter Entschlossenheit gegen die Unter-minierung des Gewerkschaftsprinzips gestemmt haben. Die „Metallarbeiterzeitung“, die angeblich ein Gewerkschafts-blatt sein will, verteidigt jetzt offen die Unterordnung der Gewerkschaftsgrundsätze unter die sozialdemokratischen Partei — die Hamburger Syndikalisten und Panne-soel-Prosenhausen können mit ihr zufrieden sein. Unsere Kollegen werden sich dessen bei gegebener Gelegenheit er-innern.

Aber auch die Haltung des Hirsch-Dunderschen Hauptorgans, „Der Gewerksverein“, war alles andere eher als korrekt. Solange die auf Betreiben der Gesellschaft für soziale Reform zustande gekommenen Vereinbarungen zu Recht bestehen, müssen wir uns ganz entschieden die — man verzeihe den Ausdruck — grobklöbige Sprache verbitten, die dieses Blatt gelegentlich der Vorgänge im Ruhrrevier gegen die christlichen Gewerkschaften anzuschlagen beliebt. Wenn „Der Gewerksverein“ die Haltung seiner Anhänger nicht mit sachlichen Argumenten rechtfertigen kann, so mag er es eben bleiben lassen. Jedenfalls ist es unehrlich, die christliche Gewerkschaftsbewegung für den Hereinfall verantwortlich zu machen, den die Hirsch-Dunderschen Berg-leute nur ihrem Basallenverhältnis zum sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände verdanken. Darüber mögen sich die verantwortlichen Stellen im Hirsch-Dunderschen Lager klar sein; die christlichen Gewerkschaften verzichte auf Vereinbarungen, die nicht beachtet werden; sie wissen sich jederzeit allein ihrer Haut zu wehren.

### Die Unsinngelt und Feivolität des Streiks im Ruhrrevier

hat Kollege Giesberts in seiner Rede am 16. März im Reichstag treffend gekennzeichnet. Diese, den Stand-punkt des gewissenhaften Gewerkschaftsstatistikers darlegen-den Ausführungen bieten eine solche Fülle von Material zur Abführung der sozialdemokratischen Schreier, daß sie die allseitige Beachtung unserer Kollegen verdienen. Wir bringen deshalb den betreffenden Teil der Rede nach dem

amtlichen stenographischen Bericht zum Abdruck. Nach dem Kollegen Giesberts sich mit verschiedenen Angriffen der Genossen befaßt hatte, führte er wörtlich folgendes aus:

Ich habe einleitend gesagt, ich würde den Nachweis zu liefern versuchen, daß dieser Streik allen gewerkschaftlichen Regeln im Gesicht schlägt, die bisher in der deutschen Arbeiterbewegung üblich gewesen sind. Man leugnet standhaft ab, daß dem Streik irgendein politisches Motiv zugrunde liegt. Wir sind der gegenteiligen Auffassung; wie sind der Auffassung, daß der Streik mit ein Nachakt ist für die Niederlage bei den letzten Wahlen im Industriegebiet. (Sehr gut! im Zentrum.) Daß dieser Streik aber lediglich politische Motive hat, wird auch demjenigen dadurch, daß er gegen alle gewerkschaftlichen Regeln gehandelt wird. Ich weiß nicht, welche Streikreglements der sozialdemokratische Verband hat; aber mir liegen hier die Streikreglements vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und dem Bauarbeiterverband vor, den beiden größten Organisationen der freien Gewerkschaften. In diesen Streikreglements heißt es unter anderem:

„Der Vorstand hat ferner zu berücksichtigen, ob zur Durchführung des Ausmaßes die nötigen Mittel vorhanden sind oder beschafft werden können.“

Der Antrag auf Streik, ArbeitsEinstellung muß abgelehnt werden, wenn nicht mindestens drei Viertel der für die Bewegung in Betracht kommenden Verbandsmitglieder für die ArbeitsEinstellung gestimmt haben. Vor der Abstimmung — hören Sie gut zu, Herr Sachse! — ist seitens der Vertreter des Verbandes auf die gesetzlichen Bestimmungen über den Kontrakt und auf für die Durchführung und Unterstützung des Streiks geltenden Bestimmungen des Statuts aufmerksam zu machen.“

So heißt es im Statut des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.) — Ja, Herr Kollege Spiegel, Sie scheinen auch zu denen zu gehören, die in ihrer Organisation stets gegen die Verbandsleitung gestreift haben. — (Sehr gut! im Zentr.) Im Statut des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes heißt es:

„Die Genehmigung eines Streiks seitens des Verbandsvorstandes ist abhängig: a) von dem Stand der Konjunktur; b) von dem Alter und der Stärke der örtlichen Organisation; c) von der Art der Forderung (vornehmlich, ob neben der Lohnforderung eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert wird, wenn sie mehr als 10 Stunden beträgt); d) von der Jahreszeit (in den Monaten November bis inkl. März sollen in der Regel Streiks nicht begonnen werden); e) von den zur Unterstützung vorhandenen Mitteln.“ § 5 lautet: „Die Beschlußfassung über einen Streik darf erst dann erfolgen, wenn die Genehmigung des Verbandsvorstandes vorliegt. . . . Die Versammlung ist nur dann beschlußfähig, wenn mindestens drei Viertel der in Betracht kommenden Mitglieder der Zahlstelle anwesend ist.“

Alle diese Regeln sind aufgestellt auf Grund der reichen Erfahrungen, die in den Kämpfen gemacht worden sind, aber in dem gegenwärtigen Bergarbeiterstreik vollständig außer Acht gelassen worden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ich werde Ihnen das gleich beweisen, Herr Kollege Sachse! Wenn Sie sich ein anderes Streikreglement konstruieren, was mit den gewerkschaftlichen Erfahrungen nicht übereinstimmt, so ist es ja gerade das, was ich eben beweisen will. — Wie die einzelnen sozialdemokratischen Verbände ihre Streikreglements handhaben, dafür ist der beste Beweis der Formerstreik in Berlin im Jahre 1911. Ich zitiere hier nach dem „Vorwärts“ Nr. 286, Jahrgang 1911, einen Bericht über den damaligen Abbruch des Formerstreiks:

„Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 2543, anwärtig waren 14 Stimmen, die erforderliche Dreiviertelmajorität betrug demnach 1897. Für die Fortsetzung des Streiks und demnach für die Ablehnung der Vorlage stimmten 1817, dagegen 712.“

Also 712 stimmten für die Aufhebung des Streiks und die große Mehrheit für die Beibehaltung des Streiks. Trotzdem hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den Streik abgebrochen. (Hört, hört! im Zentrum und rechts.) Ähnlich war es beim Nieterstreik 1909. Als der Nieterstreik die große Werftarbeiterausperrung zur Folge hatte, hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in einer öffentlichen Erklärung den Nietern kurzer Hand gesagt, wenn sie sich jetzt nicht fügten und die Arbeit nicht wieder aufnahmen, dann müßten sie aus dem Verbande ausscheiden und würden keine Unterstützung mehr bekommen.

Wie hat sich nun der sozialdemokratische Verband und der „Dreibund“ bei diesem Streik verhalten? Ich stelle diese drei Fragen in den Vordergrund: erstens die Organisationsverhältnisse, zweitens die Mittel und drittens die Konjunktur. Die

**Organisationsverhältnisse im Industriegebiet**

liegen so. Sämtliche Verbände haben vielleicht ein Drittel der Bergarbeiter organisiert, von 360 000 etwa 120 000. Der zweitgrößte Verband, der im Ruhrgebiet 45 000 Mitglieder hat, erklärt sich gegen den Streik; die Zahl der Organisierten, die noch übrig bleiben, schrumpft also auf etwa 80 000 zusammen. Mit 50 000 organisierten Arbeitern und 200 000 unorganisierten Arbeiter beginnen Sie einen Streik, Herr Kollege Sachse. (Lärm und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Unverantwortlichkeit von Ihnen. (Lärm und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das ist in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung noch nie der Fall gewesen. (Lärm und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Herr Kollege Sachse, den Streik von 1905 können Sie mit dem diesmaligen Streik überhaupt nicht vergleichen. (Lärm und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich werde Ihnen das noch nachweisen. (Lärm und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Nun ist bekannt, daß die Unorganisierten mit ihren Ansprüchen an die Streikklasse viel schlimmer sind als die Organisierten. Dem organisierten Arbeiter leuchtet es ein, daß er sich in seiner Ansprüchen an die Streikklasse gewisse Beschränkungen auferlegen muß; aber die Unorganisierten brohen jeden Augenblick: wenn ihr uns nicht zahlt, gehen wir zur Arbeit. Das haben wir im Jahre 1905 bitter erfahren müssen. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Die Organisationsverhältnisse liegen also nicht im geringsten so, daß der Streik mit Aussicht auf Erfolg geführt werden konnte.

Nur Durchführung eines Streiks im Ruhrgebiet gehören

**große Mittel.**

Wenn der Streik das erreichen soll, was Herr Sachse hier gekennzeichnet hat, nämlich die Niederzwingung des Grubenkapitals zur Anerkennung der aufgestellten Forderungen, dann rechne ich, daß von den 360 000 vorhandenen Arbeitern mindestens 250 000 im Streik bleiben müssen, und wenn der Lohnmangel so empfindlich werden soll, daß die Begeherten

zum Nachgeben gezwungen werden, dann darf der Streik keinesfalls unter vier bis sechs Wochen dauern. (Sehr richtig! im Zentrum.) 260 000 Streikende erfordern pro Woche ein Unterhaltungskapital von 3½ bis 4 Millionen Mark. Der sozialdemokratische Verband hat etwa 3¼ Millionen Mark Vermögen. Wenn nun die anderen Verbände das übrige zuschießen, so rechne ich, daß im günstigsten Falle 4 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Das ist die Streikunterstützung für eine einzige Woche. (Hört, hört! im Zentrum.) Ich rechne weiter mit der Solidarität der sozialdemokratischen Partei, der Generalkommission und anderer großer Verbände und will einmal ausnahmsweise annehmen, daß von dieser Seite noch einmal 9—10 Millionen Mark — was übrigens noch niemals dazugekommen ist — an Unterstüngen eingeht. Dann ist eine Streikunterstützung für drei Wochen vorhanden. Die Leute sollen aber mindestens vier bis sechs Wochen streiken. Meine Herren, es ist eine Unverantwortlichkeit, unter solchen Voraussetzungen einen Streik zu beginnen, (sehr richtig! im Zentrum und rechts) wo sich jeder Gewerkschaftsführer sagen muß, daß der Streik aus Mangel an Mitteln totlicher verloren geht. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) — Lärm und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

**Nun die Frage der Konjunktur.**

Herr Dr. Erdmann hat gestern gesagt, ich hätte es in einem Artikel, den ich für die Presse geschrieben habe, getadelt, daß dieser Streik begonnen würde in dem Moment einer günstig ansteigenden Konjunktur, wo er hat dann gefragt: wann sollen denn die Vergleute streiken, wenn nicht in einer guten Konjunktur? Das trifft ja im allgemeinen zu. Aber Herr Kollege Erdmann hat verschwiegen, daß ich in dem gleichen Artikel gesagt habe, daß ein Bergarbeiterstreik etwas anderes ist als ein Streik in anderen Berufen, beispielsweise bei den Fingerringarbeitern oder bei Schneidern. Wenn die Bergarbeiter in den Streik treten, so hat das zur Folge, daß Hunderttausende Arbeiter anderer Berufe brotlos werden, und ich meine: es ist doch ein himmelweiter Unterschied: wenn jetzt zu Ostern die Schneider streiken, und unsere bestellten Anzüge werden nicht fertig, so ist das nicht weiter schlimm, dann ziehen wir die alten an. (Weiterkeit.) Aber wenn für die Industrie die Kohlen ausbleiben, so hat das für sie unmittelbare schlimme Nachwirkungen. Wir wollen einmal den Ausgang des englischen Bergarbeiterstreiks abwarten, von dem jetzt berichtet wird, daß wiederum die Verhandlungen abgebrochen seien. Wenn dieser englische Streik nur noch drei bis vier Wochen dauert, so ist das ein furchtbarer Schlag für die englische Industrie, von dem sie sich fünf Jahre lang nicht wird erholen können. (Lebhafte wiederholte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht fortwährend zu unterbrechen. Es sind noch zwei Redner von der Sozialdemokratie und zwei vom Zentrum gemeldet. Sie kommen also noch reichlich zum Wort.

Giesberts, Abgeordneter: Ein Bergarbeiterstreik ist also für die

**Wollwirtschaft**

ganz anders zu bewerten, als ein Streik eines anderen Berufs. Ich habe in meiner Rede zum Etat des Reichsamt des Innern gesagt: wenn es nicht möglich wird, die Grubenbesitzer zu veranlassen, auf dem Boden der freien Vertragsverhandlungen den Arbeitern entgegenzukommen und ihnen die Löhne zu zahlen, die ihnen mit Recht zustehen, dann müssen im Syndikatsgesetz Bestimmungen getroffen werden, daß, wie man die Kohlenpreise festsetzt, man auch die Löhne festsetzt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Meine Herren, Sie mögen sich ja von dieser Verantwortung frei wissen, weil der Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung eine Ihrer Hauptaufgaben ist; wir aber, die wir auf dem Boden der heutigen staatlichen Ordnung stehen, sind von der Verantwortung durchdrungen, welche ein solcher Streik für andere Berufe hat. Ich möchte einmal wissen, wenn der sozialdemokratische Metallarbeiterverband einmal in eine solche Situation verwickelt würde, woher Sie dann die Unterstüngensgelder nehmen wollen, um den Streik erfolgreich durchzuführen? In dem Moment, wo die Metallarbeiter Ansprüche an die Arbeitslosenklasse des Verbandes stellen, ist ein einziger Streik geeignet, die Gewerkschaftsliste ganz zu leeren und Ihre Aktionsfähigkeit jahrelang lahmzulegen. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Glocke des Präsidenten.) — Ja, Herr Präsident, ich begnüge mich, nur sachliche Ausführungen zu machen. Als Herr Sachse geredet hat, sind wir doch auch ganz ruhig gewesen, und dieser Herr hat ganz andere beleidigende und provozierende Dinge gesagt, als ich.

Die mehrfach zitierte „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die der Herr Abgeordnete Sachse doch als zuverlässigen Kronzeugen gelten lassen wird, berechnet, daß der Kohlenarbeiterstreik, wie er gestern stand, einen Ausfall an Produktion pro Woche von 9,6 Millionen und einen Lohnausfall von 5,2 Millionen pro Woche verursacht. Es ist sehr interessant, was der Vorwärts in seiner heutigen Nummer über die Wirkungen dieses Streiks sagt. Er kommt zu folgendem weisheitsvollem Schluß:

„Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hat den Streik demnach, so sofort einen Preisaufschlag auf Stolz zu erheben. Zwar verwahrt es sich dagegen, daß der Preisaufschlag gerade 30 Mark pro Doppelwagen beträgt, gibt aber gleichzeitig zu, daß ein tatsächlicher, von ihm allerdings anders motivierter Aufschlag berechnet wird, der kaum viel geringer sein dürfte.“

Auch aus Belgien wird gemeldet, daß dort die Kohle um 1,50 M. erhöht worden ist. Das Kohlenyndikat kündigt eine Preiserhöhung von ebenfalls 1,50 Frank an. Die deutschen Bechen räumen jetzt während des Streiks ihre Halben mit länger lagernden Kohlen und Stolz, deren Wert zum größten Teil in den Händen vollständig abgeschrieben worden ist. Auch dadurch erwächst den Kohlenherren ein großer Gewinn. Das Kohlenyndikat will weiter die Förderungsbeschränkung für seine Mitglieder ganz aufheben. Das Kohlenyndikat schwächt inzwischen mit den Hochöfen und Hüttenbesitzern, um seine in Krefeld, Dortmund, Düsseldorf und anderen Orten befindlichen Lager an Kohlen und Stolz zu möglichst niedrigem Preis loszuschlagen.“ Und am Schluß dieser Notiz heißt es: „Bei dieser Sachlage ist es natürlich kein Wunder, daß die Kohlenpapiere an der Börse seit Ausbruch des Streiks täglich steigen.“ (Hört, hört! im Zentrum.) Vorläufig wenigstens hat die Börse mit ihrer Bitterung recht; den bedrückten Unternehmern geht es auch nicht schlecht. Die Solidarität und Beharrlichkeit der Arbeiter werden aber hoffentlich das Bild sehr bald ändern.“ (Weiterkeit.)

Also ich konstatiere, in 14 Tagen laere Gewerkschaftsklassen, langjährige Aktionsunfähigkeit der Organisation, hungernde Arbeiter, die verzweifelt ohne Erfolg die Arbeit wieder aufnehmen müssen, pro Woche eine Schädigung des Nationalvermögens von 9,6 Millionen Mark, die Industrie muß die schlechtesten Kohlen

teuer bezahlen, 5,2 Millionen Lohnausfall pro Woche und gefüllte Kassen der Kapitalisten. Das ist die Folge des Streiks. (Sehr richtig! und hört! hört! im Zentrum und rechts.) — Lebhaftige Zurufe von den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich bitte, nicht zu unterbrechen. (Erneute lebhaftige Zurufe von den Sozialdemokraten.) Ich bitte, Herr Kollege, nicht zu unterbrechen. Wir sind doch hier im Parlament, nicht in einer Volksversammlung.

Giesberts, Abgeordneter: Ich habe neulich schon gesagt, die jungen Herren in der sozialdemokratischen Partei scheinen sich sehr schlecht daran zu gewöhnen, daß sie im Parlament sind und nicht in einer Volksversammlung oder auf ihrem Parteitage. (Sehr richtig! und Weiterkeit im Zentrum und rechts.) Meine Herren, ich frage nun: wo sind die Gewerkschaftsregeln, die vorher festgestellt waren und die in allen maßgebenden Verbänden Geltung haben — mit denen auch die christlichen Arbeiter zusammen für Tarifverträge bis zum Weißbluten gekämpft haben —, wie sind

**diese anerkannten Gewerkschaftsregeln**

vom alten Verband, vom Herrn Sachse, der als Verantwortlicher für diesen Verband hier steht, beobachtet worden? Als der Herr Staatssekretär uns am Donnerstag zusammenrief, hatte ich keinen anderen Beweggrund für die Teilnahme an dieser Konferenz, als möglichst zu versuchen, das Anglied des Streiks zu verbüßern. Ich habe das auch in der Konferenz zum Ausdruck gebracht, und schließlich wurden wir darin einig, was auch der Herr Staatssekretär bereits mitgeteilt hat, daß versucht werden solle, die Zechenverwaltungen zu veranlassen, die Arbeiterauschüsse einzuberufen, und daß diesen Arbeiterauschüssen möglichst positive Zusagen für Lohn erhöhungen gemacht würden. Darauf haben aber die Vertreter der Sozialdemokraten gesagt: — Herr Sachse und Herr Hue —, sie könnten nicht dafür garantieren, daß am Montag nicht der Streik ausbreche, sie könnten ihre Leute nicht mehr halten. (Hört! hört! im Zentrum.)

Meine Herren, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt ein Zitat aus einer Rede des Herrn Hue. Ich berufe mich auf die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und kann nicht annehmen, daß sie falsch orientiert gewesen ist. Sie bringt das Zitat in Gänze. Danach hat Herr Hue gesagt:

„Ich habe dem Herrn Minister erklärt, daß, falls an vergangenen Freitag die Arbeiterauschüsse einberufen und ihnen Lohn erhöhungen versprochen werden, dann der Streik vermieden werde.“

Meine Herren, das ist doch kompletter Unsinn. Am Donnerstag nachmittag um ½ 5 Uhr haben wir das Zimmer des Herrn Staatssekretärs vorlassen und schon am Freitag sollen die Bechen ihre Arbeiterauschüsse empfangen, verhandeln und ihnen Lohnzusagen machen! Wer mit der gewerkschaftlichen Taktik einigermaßen bewandert ist, muß zugeben, daß das ein Ding der Unmöglichkeit ist, (sehr richtig! im Zentrum) daß es beim besten Willen nicht möglich ist, das durchzusetzen, wo 160 und noch mehr Grubenverwaltungen in Frage kommen. Wenn der erste Wille bestanden hätte, den Streik zu vermeiden, dann hat der Herr Staatssekretär eine

**goldene Brücke für Vermeldung dieses Streiks**

gebaut, wie nie den Arbeitern Brücken gebaut worden sind. Meine Herren, 1905 haben wir den Streik abbrechen müssen, ohne irgendwelche Zusagen zu haben. Wir haben uns lediglich verlassen müssen darauf, daß die Regierung durch eine Novelle die Mißstände im Bergbau beseitigen könnte. Meine Herren, diesmal war den Führern der Streikbewegung eine goldene Brücke gebaut von dem Herrn Staatssekretär, und wenn die Herren die Verhandlungen abgewartet hätten, so würde das Ergebnis gezeigt haben, daß tatsächlich eine zwingende Veranlassung zum Streik nicht mehr gegeben war.

Nun sagt man uns, die christlichen Arbeiter hätten zu viel Vertrauen zu den Lohnversprechungen der Zechenverwaltungen. Ja, Herr Sachse, ich will Ihnen eins sagen: wenn Sie der Ansicht sind, daß die Grubenverwaltungen und der Zechenverband und der Bergbauliche Verein, wenn sie eine Zusage geben, dieses Wort nicht halten, warum wenden Sie sich mit Eingaben an solche nichtsnutzigen Kerle? (Sehr wahr im Zentrum und rechts.) An einen Menschen, von dem ich im voraus weiß, daß er ein ehrloser Kerl ist, daß er seine Versprechungen nicht hält, mache ich nicht eine Eingabe und bitte ihn nicht „höflich und ergeben“ um eine Lohnzulage. (Sehr wahr! im Zentrum und rechts.)

Meine Herren, gegen alle Gewerkschaftsregeln soll das sein, was der Vertreter des christlichen Gewerksvereins gesagt hat, wenn er meinte: wir wollen erst abwarten, ob die angekündigte Lohnhöhung auch gegeben wird; dann haben wir volle Entschlußfreiheit —? Wir haben nie gesagt: wir beteiligen uns nie an einem Streik. Er hat gesagt, wir wollen abwarten, ob die Versprechungen gehalten werden. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Sie, meine Herren (zu den Sozialdemokraten), wollen Tarifverträge mit den Zechenbesitzern schließen! Ja, Herr Sachse, wie können Sie von den Zechenherren verlangen, daß Sie Vertrauen zu Ihnen als Führer haben, um Tarifverträge abzuschließen, wenn Sie einerseits betonen, daß Sie den Zechenherren nicht zutrauen, daß sie ihre Versprechungen halten, und wenn Sie in gleichem Atem sagen: wir können unsere Leute nicht halten, die wollen den Streik —? (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Diejenigen aus der sozialdemokratischen Partei, die heute nach dem Parteistandpunkt die Anschauung des Herrn Sachse vertreten müssen, die im gewerkschaftlichen Leben praktisch tätig gewesen sind und mit den Unternehmern verhandelt haben, sie haben nie eine solche Gewerkschaftstaktik verfolgt können. Wie oft sind z. B.

**bei Lohnbewegungen in der Metallindustrie,**

deren Unternehmer ebenfalls meist von Verhandeln mit den Organisationsvertretern nichts wissen wollen, wie oft sind da die Gewerkschaftsbeamten aus den Bureaus gewiesen worden und haben doch vom Streik abtraten müssen! (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Hier haben Sie (zu den Sozialdemokraten) den Streik begonnen, nachdem die Versprechungen auf Lohn erhöhungen gegeben worden waren. Das ist nicht bloß meine Meinung, ich will Ihnen eine Reihe hervorragender Führer aus dem sozialdemokratischen Lager für meine Auffassung zitiieren.

Der Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Schliker führte auf der Generalsammlung des Metallarbeiterverbandes in Hamburg 1909, Protokoll Seite 70, unter anderem folgendes aus:

„Vor 18 Jahren, als unser Verband gegründet wurde, und einige Zeit vorher stand man vielfach auf dem Standpunkt, daß nur der Kampf, daß nur der Streik die Lage des Arbeiters verbessern könnte. Man hielt es für bedenklich,

und nicht für ganz einwandfrei, Abschlüsse ohne Kampf zu machen. Es scheint wirklich, als ob mancher unserer Kollegen aus den Erfahrungen der 18 Jahre nichts gelernt hat. (Hört! hört! im Zentrum und rechts.) Schon von anderen als den bösen Gewerkschaftlern ist darauf hingewiesen worden, daß der Kampf nicht das einzige Mittel der Gewerkschaften ist; er ist nur das letzte Mittel, die ultima ratio. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere — so fährt Schlicke fort — an das Wort Bebel's: „den Arbeitern ist der Kampf geschwollen.“

Die alten Kollegen werden wissen, welchen Staub dieses Wort aufgewirbelt hat. Herr Kollege Sachse, ich klage Sie an, (Lachen bei den Sozialdemokraten) daß Sie in diesem Falle nicht die letzten Mittel auf friedliche Beilegung versucht haben. (Sehr wahr! im Zentrum und rechts.) Sie sind es gewesen, der diesen Streik gegen alle kluge Voraussicht und gewerkschaftlichen Regeln begonnen hat. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, es ist ein alter Grundsatz, daß Streiks nur geführt werden sollen, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben. Als vor einigen Jahren die Maurer hier in Berlin den Streik begonnen haben gegen den Willen der Streikleitung, gegen den Willen des Verbandes, da hat nicht bloß der frühere Kollege Bömelburg, sondern auch der Abgeordnete Bebel sich ins Zeug gelegt und hier in Berliner Versammlungen viel schärfer gegen den Streik geredet, als je ein christlicher Gewerkschaftler geredet hat. Damals hat Herr Bebel ausgeführt: das wären keine Führer, wenn sie nicht die Pflicht und Schuldigkeit empfänden, bevor sie in einen so schweren Kampf eintreten, noch einmal genau zu erwägen, ob die Situation danach einigermaßen angetan war, diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Sachse, das haben Sie nicht gemacht. Wenigstens zwei Tage vor Ausbruch des Streiks der Herr Staatssekretär, dem vorläufig noch niemand den Vorwurf gemacht hat, daß er das, was er versprochen hat, nicht gehalten habe, die Zusage gegeben hat, vermittelnd einzugreifen, Verhandlungen anzubahnen, (Zuruf bei den Sozialdemokraten) dann sind Sie verpflichtet, gegen den Streik Stellung zu nehmen, nicht in der Weise für den Streik zu sprechen, wie Sie es hier und im Laube getan haben. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Und Schlicke, von dem ich eben geredet habe, hat auf der nämlichen Versammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ausgeführt:

„Wir haben doch bei dem gewerkschaftlichen Kampfe zunächst das gegenseitige Machtverhältnis festzustellen; wir haben zu prüfen, ob wir in der Lage sind, etwas durchzuführen, und was dabei herauskommt.“

Haben Sie sich das wohl überlegt, was bei dem Streik herauskommt, Herr Kollege Sachse? Bei dem Streik kommt für Sie heraus: Leere Gewerkschaftskassen, hunderte von Bestrafungen armer Leute, die sich haben verleiten lassen durch den Terrorismus, und schließlich kommt heraus die größere Knechtschaft des Arbeiters und Verstärkung des Einflusses des Grubenkapitals auf die Arbeiter. (Abgeordneter Sachse: Streikbrecherakt! natürlich!) — Ich werde Ihnen auch noch Ihre Streikbrechergeschichte vorbringen, warten Sie ruhig ab, es wird Ihnen nichts geschenkt.

Herr Sachse hat so laut betont, daß die christlichen Arbeiter es mit dem Streik hielten, aber ihre Führer wollten nicht usw. Das behauptet Herr Sachse, der ganz genau weiß, daß

**der Beschluß, sich nicht am Streik zu beteiligen,**

einmütig von der autorisierten Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins gefaßt ist. (Hört, hört! im Zentrum.) Wie stellt sich diese Gewerkschaftstaktik im Lichte der alten Gewerkschaftsverfassung, daß die Arbeiter über die Köpfe ihrer Führer hinweg eine Aktion beginnen? Herr Schlicke vom Deutschen Metallarbeiterverband sagt in seiner eben erwähnten Rede:

„Wir sind nach wie vor der Meinung, daß in einer Zentralorganisation der Vorstand nicht nur das Recht haben muß, diese Genehmigung zur Einleitung des Kampfes zu geben, sondern daß er auch über die Fortführung des Kampfes entscheiden muß.“

Solche stramme gewerkschaftliche Disziplin wird auf Grund bitterer, böser Erfahrungen in Ihrem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband geübt. Sie haben von solchen gewerkschaftlichen Regeln keine Blasse Ahnung; Sie betrachten die Taktik für die Beste, wo die Massen über die Führer hinweggehen.

Meine Herren, gestatten Sie, daß ich über diese Streiktaktik, wie sie die Dreihundmächte jetzt im Ruhrrevier vollziehen, doch ein Bittat des Herrn Bebel verlese aus der Versammlung, die er hier bei den Berliner Maurern gehalten hat. Herr Bebel hat damals gegen die revolutionisierenden Mitglieder, die über die Köpfe der Führer hinweg streifen, also die Taktik befolgen wollten, die Herr Sachse den christlichen Arbeitern anempfohlen hat, über diese Streiktaktik und Streiktaktik folgendes gesagt:

„Die Führer sollen nicht etwa slavisch den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse studieren und prüfen und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können. Wenn ich bestimmte Forderungen stelle oder gar einen Kampf aufnehmen, dann habe ich vorher das Terrain gründlich zu prüfen; ich muß wissen, wie die Umstände beschaffen sind, unter denen ich den Kampf aufnehmen kann. Das wäre ein schlechter, ja geradezu gewissenloser General, der seiner Arme empfiehlt, den Kampf aufzunehmen, wenn er mittlerweile die Ueberzeugung gewonnen hat, daß sich die Situation so verändert hat, daß dieser Kampf nicht durchführbar ist.“

Herr Bebel sagt dann weiter:

„Der Führer, der nicht den Willen hat, auch einmal gegen den Willen der Massen seine eigene Ueberzeugung zu vertreten, weil er sie für die Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein elender Kerl, der nicht verdient, ein Führer zu sein.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind die taktischen Gründe, Herr Sachse, die Sie nie beobachtet haben. Sie haben erklärt in der Konferenz, wir können unsere Leute nicht halten. Wo sind Sie gegen die Massen aufgetreten vor dem Ausbruch des Streiks?

Das Protokoll über die Verhandlungen eines Arbeiterausschusses auf Schacht II/V — der Name der Besche steht leider nicht dabei, es wird „Kaiserstuhl“ gewesen sein — sagt über die Verhandlungen folgendes:

„Das Arbeiterauschussmitglied Wallrich meldet sich hierauf zum Wort und erklärt, daß die Lohnverhältnisse auf Schacht II besser wären als auf manchen anderen Anlagen. Es handelt sich hier in diesem Jahre nicht um einen Lohastreik; würde ein solcher beabsichtigt sein, so würde er

dafür eintreten, daß unsere Belegschaft nicht mit in den Streik hineingezogen würde. (Hört! hört! im Zentrum.) Es handelt sich aber um einen Generalstreik, auch nicht um einen Sympathiestreik, etwa den Engländern zuliebe. Der Streik sei von der Organisation aus angeregt, und falls dieser proklamiert würde, müsse er auch als organisierter Arbeiter mit in den Streik treten. Es handle sich bei diesem Streik nur um die Disziplin, die er seiner Organisation gegenüber schuldig wäre, nicht etwa um Differenzen und Beschwerden der hiesigen Belegschaft gegenüber. Diesen Ausführungen schlossen sich die anderen Ausschussmitglieder vom Alten Verbands an. Die christlichen und nicht organisierten Arbeiter erklärten hierauf, sie stimmten diesen Ausführungen nicht zu und betrachteten es als Unglück, wenn sich die Arbeiter in der aufstrebenden Konjunktur zum Streik hinreißen ließen. Sie würden alles daran setzen, den Streik zu vermeiden.“

Das Protokoll ist von dem Ausschussmitglied Wallrich an erster Stelle unterzeichnet.

Hier finde ich einen merkwürdigen Widerspruch; das Arbeiterauschussmitglied sagt in den Verhandlungen, es sei verständlich von der Ungerechtigkeit des Streiks für diese Besche überzeugt, müsse aber mitstreifen, weil der Verband den Streik angeregt habe; und Herr Sachse sagte uns in Gegenwart des Herrn Staatssekretärs: „Wir können die Leute nicht mehr halten, wenn wir auch wollen!“ Diesen Widerspruch können uns die Herrn vielleicht nachher auf. (Abgeordneter Sachse: Lächerlich!)

Meine Herren, dieser Streik ist also gegen alle anerkannten gewerkschaftlichen Regeln, die bisher üblich waren, vorbereitet und geführt worden. Wenn es sich darum handelt, das rückständige Grubenkapital, das sich den berechtigten Wünschen der Arbeiter eigenständig und standhaft widersetzt, einmal zur Raifou zu bringen, und wenn ein solcher Kampf nach den anerkannten gewerkschaftlichen Regeln geführt wird, wie wir es mit den anderen Verbänden Tägliche von Malen getan haben, dann werden die christlichen Arbeiter keinen Augenblick zögern, ihre Solidarität voll und ganz zum Ausdruck zu bringen. Uns aber einen Streik, der auf solchen Voraussetzungen ruht, und der so sehr gegen alle gewerkschaftlichen Regeln geführt ist, anzuschließen, haben wir keine Veranlassung.

Nun hat der Herr Abgeordnete Sachse auch vom „Streikbruch“ geredet und für die Verantwortlichkeit des Streikbruchs verschiedene Zitate angeführt. Ja, Herr Kollege Sachse, in Ihrem eigenen Lager ist

**die Auffassung vom Streikbruch**

eine etwas andere. Wenn eine Organisation, die 45 000 Mitglieder im Streikgebiet hat, die zweitgrößte Organisation, aus wohlwollenden Gründen die Beteiligung an einem Ausstande ablehnt, der nach ihrer Ansicht aussichtslos ist, so hat niemand ein Recht, dieser Organisation deshalb Streikbruch vorzuerwerfen. Wir haben bisher aber gegenüber den sozialdemokratischen Verbänden, wenn wir gemeinsame oder getrennte Kämpfe hatten, die Solidarität immer nach besten Kräften zu wahren versucht. Vereinzelt Streikbrecher gibt es bei Ihnen mindestens so viel als bei uns. Aber die grundsätzliche Auffassung im sozialdemokratischen Lager über Streikbruch ist eine ganz andere. Im Jahre 1903 kam es auf dem Verbandstag der deutschen Bimarer zu lebhaften Auseinandersetzungen darüber, daß eine Reihe Arbeiter, welche bei der Lohnbewegung mitren geworden waren, in den Verband wieder aufgenommen zu werden wünschten. Man setzte deshalb eine Kommission ein, und diese fabrizierte folgende Resolution:

„Die Kommission ist der Ansicht, daß ein Streikbruch nur dort begangen werden kann, wo ein Streik auf Grund des Status und Streikreglements zu Recht besteht. (Hört! hört! im Zentrum und rechts.) Dem gleichzuachten sind die Streiks in anderen Berufen, die auf Grund des Status und Streikreglements der für den Beruf maßgebenden modernen Gewerkschaftsorganisationen — das sind die sozialdemokratischen — zu Recht bestehen. Wer den in einem Streik stehenden oder ausgeperrten Arbeitern in den Rücken fällt, die Arbeit also dort annimmt, wo dieselben auf Beschluß einer modernen Gewerkschaftsorganisation gemieden werden soll, ist ein Streikbrecher.“

Also wird hier die Solidarität gegenüber den christlichen Arbeitern glattweg verleugnet; wenn die einen Streik machen, können die Genossen den Streik brechen, so viel sie wollen. Aber wenn die Herren Sozialdemokraten einen Streik kommandieren, dann sollen wir wie die Sklaven, wie die Hunde hinter ihnen her laufen, ihnen aus der Hand fressen. (Zuruf: Niemals.) Meine Herren, da haben Sie sich verrechnet. Ich freue mich, daß der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter endlich zu dieser Taktik gekommen ist. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Nein, Herr Kollege Scheidemann, nicht gelbe Grundsätze, sondern Grundsätze, zu denen sich Ihre großen Verbände bekennen. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Wir verwahren uns gegen eine Streiktaktik, die nicht von vernünftigen, gewerkschaftlichen Erwägungen, sondern von rein klassenkämpferischen Erwägungen ausgeht. Ich sage: wenn wir schließlich als christliche Organisation die wir uns auf den Boden unserer gesellschaftlichen Ordnung stellen, und die wir uns verpflichtet fühlen, auch die Chancen der Kämpfe zu überlegen, auch zu berechnen, welche Wirkungen unsere Kämpfe auf nicht beteiligte Arbeiter haben, wenn wir, von solchen Erwägungen ausgehend, trotzdem uns zu solchen ungerechten Streiks mit Ihnen zu Liebe beteiligen würden, dann hätten wir unsere Existenzberechtigung überhaupt verloren.

Nun wollen wir abwarten, wie die Sache sich im Ruhrrevier entwickelt. Nach dem Streik werden wir vielleicht mehr und Näheres wissen; nach diesem Streik wird vielleicht auch noch einmal wieder ein Herr Hänisch kommen und die Taktik verraten, die hinter den Kulissen gespielt hat. (Sehr gut! im Zentrum.)

Gestern hat Herr Erdmann gesagt, ich hätte die Behauptung, daß hinter dem Streik politische Motive ständen, lediglich auf einen einzigen Mann gestützt, der einen einzigen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben hatte. Die Verbandsführer hätten diesen Artikel desavouiert und wären gegen Hänisch aufgetreten. Das letztere ist richtig, und ich habe das auch anerkannt; aber, meine Herren, dieser Redakteur Hänisch von der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ kannte die Parteilinien, und was er in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb, war der Niederschlag der Stimmung derjenigen Leute, die Sie schrieben, Herr Kollege Sachse (sehr richtig! im Zentrum.) — Lachen bei den Sozialdemokraten. — Zuruf: Das glauben Sie selber nicht! — die Ihre Leute schieben.

Meine Herren, wenn unsere christlichen Arbeiter sich nicht von anderen Idealen, von anderen Grundsätzen leiten lassen als von den paar Pfennigen Lohnerhöhung und Arbeitser-

haltung, dann würden sie längst bei Ihnen im Lager stehen. (Sehr wahr! im Zentrum.)

**Wir werden diesen Kampf durchziehen,**

einerlei wie es geht. Herr Sachse hat in seiner Rede erwähnt, ich hätte in der großen Versammlung in Essen gesagt, der christliche Gewerbeverein würde durchhalten, auch wenn es um Kopf und Kragen geht. Jawohl, das werden wir! (Sehr gut! im Zentrum.) Entweder sind wir eine selbständige Organisation, die ihre Gewerkschaftspolitik nach ihren eigenen wohlwollenden Grundsätzen treibt, oder wir haben keine Existenzberechtigung. (Sehr gut! im Zentrum) und diesen Kampf um unsere eigene Politik und Selbständigkeit werden wir durchziehen. Die Herren von den Polnischen und Pilsch-Dunderschen werden eines Tages entdecken, welchen großen Fehler sie in dieser Allianz mit dem sozialdemokratischen Verband bei dem gegenwärtigen Streik gemacht haben. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wenn sie erst einmal am Rufen der Herren Sachse und Hue ruhen, dann werden die sie so zerbröckeln, daß ihre Leute rechts und links aus ihren Reihen hinausgehen. Deshalb sage ich: die Politik des christlichen Gewerbevereins war die einzig mögliche und gerechte, und wir werden uns durch keine Kritik einschüchtern lassen, auf dieser Bahn fortzufahren.

**Vollwirtschaftliche Rundschau.**

Der Bergarbeiterstreik ist beendet; beendet mit einer Niederlage, wie es von allen mit den Verhältnissen Vertrauten voraus gesagt wurde. — Im Vordergrund des Interesses im deutschen Wirtschaftsleben steht nun wieder die Frage der Erneuerung des Stahlwerksverbandes. Um darüber ein einigermaßen begründetes Urteil fällen zu können, muß man sich die gegebenen Verhältnisse vergegenwärtigen. Die Produkte, die im Stahlwerksverband kartellisiert sind, gliedern sich in A- und B-Produkte. Die ersteren umfassen Salbzug, Eisenbahnmateriale und Formeisen, die letzteren Stabeisen, Walzdraht, Bleche, Röhren und Guß- und Schmiedestahl.

Die A-Produkte sind völlig syndiziert d. h. einmal, daß der Preis für sie vom Stahlwerksverband festgesetzt wird — eine freie Preisbildung, die durch die Konkurrenz der Unternehmer wesentlich beeinflusst würde ist also ausgeschlossen; dann, daß der Handel vollständig in die Hand des Stahlwerksverbandes gelegt ist — der Fabrikant also mit dem Abnehmer nicht in Verbindung kommt, da er nur dem Stahlwerksverband verkauft und dieser den Weiterverkauf besorgt; und endlich, daß jedem Werke ein Kontingent zugewiesen ist, d. h. eine fest bestimmte Menge, die es produzieren darf. Produziert es über seine Quote, so hat es eine Abgabe zu entrichten.

Im Gegensatz zu den A-Produkten ist der Verkehr in B-Produkten durchaus frei — nur daß auch für sie eine Kontingentierung besteht. Preise und Handel unterliegen aber keinerlei Bestimmungen.

Die Schwierigkeiten, die der Erneuerung des Stahlwerksverbandes entgegenstehen, liegen in erster Linie in der Entwicklung, die der Markt in B-Produkten genommen hat. Heute steht es so, daß die meisten Werke, die B-Produkte erzeugen, über ihr Kontingent produzieren. Für Stabeisen zumal findet diese Tatsache auch in der Preisgestaltung eine Rechtfertigung, denn seit der Auflösung der Stabeisenkonvention haben sich die Preise mehr und mehr befestigt. Anders verhält es sich dagegen mit dem Röhrenmarkt, wo Produktion und Absatz zwar sehr bedeutend aber die Preise durchaus ungenügend sind. Die zunehmende Absatzmöglichkeit von B-Produkten, die in der Konjunktur ihre erste Erklärung findet, Erweiterung bestehender und Neuerrichtung von Werken (Thyssen!), Fusionen und Interessengemeinschaften (Mannesmannröhrenwerke!) veranlassen die einzelnen Unternehmungen, Forderungen zu stellen, die eine bedeutende Vermehrung ihres Kontingentes bezwecken. Wir haben schon verschiedentlich von derartigen Anträgen gehört. Bis jetzt ist der Stahlwerksverband über sie hinweggegangen. Das wird er aber jetzt wo mit seiner Verlängerung auch eine Neukontingentierung verbunden ist, nicht mehr können. Für die am 21. März stattgefundene Generalversammlung des Stahlwerksverbandes lagen nun wieder eine Anzahl Anträge vor, welche eine 20prozentige Erhöhung der Quotenanteile verschiedener Werke für Stabeisen, Walzdraht Bleche, und Guß- und Schmiedestahl forderten. Es ist außerordentlich schwer, die einzelnen Werke zufriedenzustellen, ohne daß der Markt in kurzer Zeit von den neu erzeugten Produkten überflutet wird. Es ist ja selbstverständlich, daß es mit der Erhöhung der Quote eines Werkes nicht getan ist, denn die anderen wollen nicht zurückstehen. Aber solch allgemeine Erhöhung müßte unbedingt zur Ueberproduktion führen. Wo also anfangen und wo aufhören?

Die Unstimmigkeiten, die sich aus dem Gegensatz des Einzelinteresses zu dem Gesamtinteresse ergeben, sind bedeutend. Sehr bezeichnend für die radikale Stimmung, die teilweise herrscht, ist der Antrag der Firma de Weibel, welche eine der größten Produzenten von Stabeisen ist und auch außerdem alle übrigen B-Produkte mit Ausnahme von Röhren herstellt. Er fordert nichts anderes, als den Markt für die erwähnten Produkte ganz freizugeben — das Kontingent und die Abgabe auf seine Ueberschreitung aufzuheben. Diese Verbandsmaßregel scheint weitere Preise zu ziehen und es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Kontingentierung der B-Produkte nicht mehr erfolgt.

Auch die Quotenverteilung in A-Produkten macht Schwierigkeiten, doch nicht derartige, daß der Bestand des Verbandes dadurch in Frage gestellt werden könnte. Eine einflussreiche Gruppe arbeitet darauf hin, daß die Anteile für die einzelnen Werke nicht erhöht werden und nur Gelsenkirchen, Thyssen und Burbach für die drei neuen luxemburgisch-lothringischen Werke ein Anrecht auf eine erhöhte Produktionsziffer erhalten.

Die Lage unserer Industrie ist zur Zeit eine recht günstige. Besonders das Auslandsgeschäft erfreut sich einer starken Belebung. Der Grund liegt in dem englischen Kohlenarbeiterstreik, der dort die meisten Betriebe auch der Metallindustrie still gelegt hat. Den Nutzen davon hat natürlich in erster Linie die ausländische Konkurrenz. Sehr günstig liegt der Salbzugmarkt; die Nachfrage nach schwerem Oberbaumaterial ist sehr lebhaft, sowohl im In- als auch im Ausland. Die Preise sind fest. Das gleiche gilt von Rillenschienen. Das Geschäft in Grubenschienen ist ruhig, ebenso der Markt in Formeisen, letzteres erklärt sich aus dem Ruhen der Bautätigkeit, die allerdings schon im Februar wieder eine Belebung erfahren hat, und aus den schwebenden Verhandlungen, die natürlich die Bestellungen zurückhalten. In Stabeisen ist eine gewisse Ruhezugebungen, die stark an Flaumheit mahnt. Zu vermehren ist das nicht bei der gemaltigen Ueberflutung, die lange auf dem Stabeisenmarkt

geherrscht hat. Recht lebhaft gestaltet sich dagegen immer noch das Geschäft in allen Sorten von Blechen bei durchaus festen Preisen. Die Krise auf dem Röhrenmarkt, die ihre Ursache in den niedrigen Preisen hat, scheint bei den Produzenten den Gedanken einer Kartellierung wieder aufleben zu lassen. Wenn es noch zu keinem bestimmten Resultat gekommen ist, so ist das in erster Linie auf die Verhandlungen im Stahlwerksverband zurückzuführen, die ja noch keinen sicheren Schluß zulassen, worauf die Interessenten weiter bauen könnten.

Für den Röhrenmarkt von Bedeutung sind verschiedene Fusionen und Interessengemeinschaften, die in letzter Zeit zustande gekommen sind. Zwischen den Mannesmannröhrenwerken, deren Aktienkapital auf der Generalversammlung vom 21. März von 33 Millionen auf 45 Mill. Mark erhöht worden ist und den Röhrenwerken Walske, Tellerling u. Cie. ist ein Uebereinkommen geschlossen worden, wonach der erste der Verkauf der produzierten Röhren der letzteren überlassen bleibt. Der Vertrag gilt für 30 Jahre. Auf ähnlicher Grundlage kam eine Interessengemeinschaft zwischen Mannesmann und den Wittener Stahlröhrenwerken zustande. Nach hiernach geht der ganze Verkauf an die Mannesmannwerke über. Diese Interessengemeinschaft ist insofern von besonderer Bedeutung, als dadurch die Fabrikation von nachfolgenden Röhren in einer Hand vereinigt wird — die übrigen Werke produzieren meist nur geschweißte Röhren. Es ist dies wieder ein bedeutender Schritt zur Monopolisierung. Die Mannesmannröhrenwerke verteilten in den letzten Jahren eine Dividende von 12 und 12 1/2 Prozent. — Die Nachrichten vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt lauten günstig — hoffentlich spricht nicht wieder, wie so oft, ein falscher Optimismus daraus.

### Konferenz des I. Bezirks.

Am Sonntag, den 17. März, vormittags 10 Uhr beging, tagte in Essen-West im Restaurant Wink die diesjährige Bezirkskonferenz des I. Bezirks unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Vertreten waren 15 Ortsgruppen mit 94 Sektionen durch 60 Delegierte. Auch unser Verbandsvorsitzender, Kollege Wieber, nahm an der Konferenz teil. Der Bezirksleiter, Kollege Hirtliefers-Essen, konnte in seinem Jahresbericht, zu dem den Delegierten eine Reihe statistischer Zusammenstellungen vorgelegt wurden, wieder einen erfreulichen Fortschritt feststellen. Die Mitgliederzahl hat im Jahre 1911 wieder um 1689 zugenommen, darunter die Jugendabteilung um 289, so daß heute der Jugendabteilung im Bezirk 762 Mitglieder angehören. In manchen Gruppen habe der Fortschritt ein noch größerer sein können, besonders auch die Gewinnung der Jugendlichen lasse in manchen Gruppen noch zu wünschen übrig. Die Fluktuation habe im Jahre 1911 wieder steigende Tendenz gezeigt. Während die Zahl der Neuaufnahmen im Jahre 1911 noch um 61 größer gewesen sei, wie im Jahre 1910, habe das Jahr 1910 einen Zuwachs von 2337 gebracht gegen 1689 im Jahre 1911. Daher müsse in diesem Jahre der Erhaltung der einmal gewonnenen Mitglieder eine viel größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Besonders sei das Mahnverfahren bei den säumigen Beitragszahlern besser auszubauen. 78872 Beitragsmarken wurden im Jahre 1911 mehr verkauft wie im Jahre 1910. Trotzdem müsse die unerfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß die auf das Mitglied entfallende Markenzahl, der Markendurchschnitt, geringer geworden sei, wie im Jahre 1910. Hier sei ein weiterer Uebelstand, der im laufenden Jahre mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. Die Gesamteinnahme für die Verbandskasse betrug 210 966,31 Mark, für die Lokalkassen 68 940,03 Mark. An Unterabteilungen wurde die erhebliche Summe von 76 902,16 Mark ausbezahlt, davon für Streiks und Lohnbewegungen 35 238,00 Mk., an Erwerbslosenunterstützung 37 685,08 Mk. An die Zentrale wurden 81 364,13 Mark abgeführt. Die Bestände in den Lokalkassen vermehrten sich von 10 420,10 Mark auf 13 223,18 Mark.

Die noch immer anhaltende Steigerung der wirtschaftlichen Konjunktur zeigte sich vor allem in der beträchtlichen Zunahme der Streiks und Lohnbewegungen im Bezirk. Unser Verband war im I. Bezirk im Jahre 1910 an insgesamt 23, hingegen 1911 an 67 Streiks und Lohnbewegungen beteiligt. Das Jahr 1911 war also für unseren I. Bezirk ein Kampfsjahr wie keines der vorhergehenden. Von den 67 waren 6 Angriffsstreiks, 4 Abwehrstreiks und 57 Bewegungen ohne Streik. In diesen Kämpfen waren beteiligt im Jahre 1910 747 Mitglieder unseres Verbandes, dagegen im Jahre 1911 mehr wie doppelt soviel, nämlich 1909 Kollegen. Die Kämpfe waren in 30 Fällen erfolgreich, 27 endeten mit teilweisem Erfolg und 10 mußten vorläufig ohne Erfolg beendet werden. Fast bei all diesen letzteren Kämpfen zeigte sich jedoch nachher, daß auch diese nicht unsonst geführt worden waren, sondern daß nachträglich teilweise sogar erhebliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seitens der betreffenden Unternehmer eingeleitet werden mußten. 24 Bewegungen wurden von unserem Verbande allein geführt und 43 mit anderen Organisationen gemeinschaftlich, wobei in 25 Fällen die Mehrzahl der beteiligten Arbeiter unserem Verbande angehörte.

Die Belegung der Differenzen erfolgte in 50 Fällen durch eine Kommission der beteiligten Arbeiter, in 5 Fällen durch Verbandsbeamte und in 2 Fällen durch die Vermittlung dritter Personen. Leider werden nicht alle durch die Bewegungen erzielten Erfolge festgehalten, können also nicht genau statistisch belegt werden. Immerhin kann aber auch das, was festgehalten wurde, als ein vollgültiger Beweis dafür angesehen werden, daß unter christlicher Metallarbeiterverband auch in unserm Bezirk, dem Herzen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, befähigt und in der Lage ist, die Interessen der Metallarbeiter mit Erfolg wahrzunehmen. Im Jahre 1910 wurde für unsere Mitglieder eine Lohnerhöhung von pro Jahr 52 768,56 Mark erreicht, dagegen im Jahre 1911 die Summe von 199 625,50 M. Gewitz eine gewaltige Steigerung. Dazu kommt eine Arbeitszeitverlängerung von 24 350 Stunden pro Jahr gegenüber 15 750 Stunden im Jahre 1910. Außerdem wurden noch in 23 Fällen sonstige Verbesserungen erreicht, als da sind: Bessere Verwendung der Strafgebu., Verbesserung der sanitären Einrichtungen, der Akkordvereinbarungen, bessere Behandlung, technische Verbesserungen, Wiederherstellung entlassener Kollegen, Beschäftigung von Ueberzähligen, Einführung von Arbeiterausschüssen usw. In 2 Fällen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, während ein weiterer auf ein ferneres Jahr verlängert wurde. Sodann ging Kollege Hirtliefers noch näher auf die Begleiterscheinungen und Lehren einzelner Kämpfe ein, welche Fehler und Mängel auf, die unbedingt in Zukunft vermieden werden mußten.

Abschließend daran berichtete der Vorsitzende des Bezirks, Kollege Klotz, über die Tätigkeit des Ausschusses. Die Diskussion über die Berichte war eine äußerst rege und sehr fruchtbar. Fröhlich für die Verarbeitung und die gewerkschaftliche Praxis.

Nach der Mittagspause hielt der Verbandsvorsitzende Kollege Wieber ein Referat über: „Unsere nächsten Aufgaben“. Ausgehend von dem nunmehr zusammengebrochenen Vergarbeiterstreik und seinen Begleiterscheinungen und Folgen für die Arbeiter und die Allgemeinheit präziserte er in markigen Strichen die Tätigkeit, die alle in den kommenden Monaten im Interesse des Verbandes und jedes einzelnen unbedingt leisten mußten. Im Anschluß an das Referat wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Essen-West tagende Delegiertenkonferenz des I. Bezirks des christlichen Metallarbeiterverbandes spricht dem Gewerksverein christlicher Vergarbeiter für die energische, zielbewusste Vertretung der berechtigten Vergarbeiterforderungen und der Wahrung der vollen Selbständigkeit der christlich-nationalen Arbeitererschaft ihre volle Sympathie aus. Die christlich organisierten Metallarbeiter sehen in dem von der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen alle gewerkschaftlichen Grundsätze heraufbeschworenen Vergarbeiterstreik die Einleitung eines von langer Hand vorbereiteten Kampfes, um die Vorherrschaft im Hauptindustriegebiet unseres deutschen Vaterlandes für die Sozialdemokratie aufzurichten.“

In voller Erkenntnis des Ernstes der gegenwärtigen Situation fordert die Delegiertenkonferenz alle christl. Arbeiter auf, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, weil dies das einzige und wirksamste Mittel ist, den sozialdemokratischen Machtgelüsten und dem Uebermut der Genossen einen kräftigen Damm entgegenzusetzen.“

Sodann folgte die Beratung der gestellten Anträge, die hauptsächlich bezweckten, eine intensivere Werbearbeit in einzelnen näher bezeichneten Branchen zu entfalten. Nach einem kräftigen Schlußwort des Bezirksleiters Hirtliefers und einem warmen Appell an die Delegierten, nunmehr die so vielseitigen Anregungen der Konferenz auch fruchtbringend in der Agitation draußen zu verwenden, wurde die schöne und erfolgverheißende Sitzung nach 6 Uhr mit einem brausend aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband und auf die Einigkeit und Treue der christlich-nationalen Arbeiter geschlossen.

Für die Kollegen im I. Bezirk muß nunmehr die Lösung sein: „Alle Mann an Bord“, keiner darf feige oder träge zurückbleiben. Nur durch das einmütige, zielbewusste Zusammenarbeiten aller, kann das große Ziel erreicht werden; deshalb Auf zur Tat!

### Aus der Arbeiterbewegung. „Brüderliches“ aus dem roten Lager!

Die Göttinger Weltverbesserer taufen sich in „holder Brüderlichkeit“ gegenseitig an den Haaren. Schon vor einiger Zeit sah sich die „Metallarbeiterzeitung“ veranlaßt, ihren Geschäftsführer Widmann in Göttingen vor den Angriffen der radikalen Genossen und der „Freien Volkszeitung“ in Schutz zu nehmen. Widmann ist der Führer der Revisionisten, sein radikaler Gegenpartner ist der sozialdemokratische Krankenkassenkontrollleur und Landtagsabgeordneter Kinkel. Beide Richtungen suchen nun anscheinend die Führer der Gegenpartei abzumachen. Herr Kinkel soll sich in seiner Eigenschaft als Krankenkassenkontrollleur Verfehlungen zu schämen kommen lassen haben, die nach den Berichten der Tagespresse gegen die §§ 348 und 267 des Strafgesetzbuches verstoßen. In einem Bericht über den Fall Kinkel heißt es u. a.:

„Die Revision der Krankenscheine fand aus dem Zeitraum von ein paar Wochen bei annähernd 150 Krankenscheinen überhaupt keinen Kontrollvermerk, während auf den dazu gehörigen Kontrollzetteln des Krankenkassenkontrollleures Kinkel die angeblich vorgenommene Kontrolle beurkundet war. Darüber zur Rede gestellt, redete sich der Kontrollleur damit heraus, die Krankenscheine hätten teilweise die Krankenscheine verlegt gehabt, teilweise diese zum Arzt mitgenommen. Die Kassenverwaltung ließ jedoch bei sämtlichen in Betracht kommenden Mitgliedern schriftlich anfragen. Dabei ergab sich bei etwas über 50 Fällen unzweifelhaft, daß Herr Kinkel gar nicht kontrolliert hatte, trotzdem aber in seinem Rapport beurkundete, die Kontrolle ordnungsgemäß ausgeübt zu haben. Die übrigen eingelassenen Antworten lauteten unbestimmt. Aber die unzweifelhaft festgestellten 50 Fälle unrichtiger Beurkundung genügen, um den gegen Kinkel erhobenen schweren Vorwurf, sowie die verfügte und noch bevorstehende Suspension Kinkels vom Amte zu rechtfertigen.“ — Inzwischen hat sich der Staatsanwalt der Sache angenommen.

Nun zum Fall Widmann. Gegen diesen setzte das radikale Treiben verzärtelt ein, ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt. Obwohl Widmann bis vor wenigen Jahren sozialdemokratischer Gemeinderat war und seit 2 Jahren auch wieder dem Bürgerausschuß angehört — er sollte sogar stellvertretender Obmann werden, wenn nicht die bürgerlichen Parteien dies bereitel hätten —, stand er mit 3 anderen auf der Ausschließungsliste der Genossen. Am 25. März fand nun eine, von einigen Verwaltungsmittgliedern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich mit dem Fall „Widmann“ beschäftigte. Gegen diese Versammlung ließ nun der Geschäftsführer Widmann öffentlich folgendes Flugblatt verteilen:

„An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes.“

In der „Freien Volkszeitung“ erscheint ein Inserat vom Metallarbeiterverband, unterzeichnet „mehrere Mitglieder der Ortsverwaltung“, worin die Kollegen zu einer Mitgliederversammlung in den Sophienhof eingeladen werden. Die Versammlung ist statutenwidrig von einigen Mitgliedern einberufen worden, da nur die gesamte Ortsverwaltung zur Einberufung einer Mitgliederversammlung berechtigt ist.

Ich ersuche deshalb unsere Kollegen, diese Versammlung nicht zu besuchen, da die dort gefaßten Beschlüsse keine rechtliche Wirksamkeit haben, also unglücklich sind.

Um aber den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, irgendwelche Verfehlungen und Beschuldigungen, die sich der Unterzeichnete zu schulden kommen lassen haben soll, zu unterbreiten, habe ich beim Vorstand und der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Feststellungsverfahren gegen mich selbst beantragt. Damit wird mir zugleich Gelegenheit geboten, den in Göttingen von böswilligen Lasterern verbreiteten Klatsch und Tratsch auf seinen wahren Wert zurückzuführen. In ein hühnerisches Verfahren darf nach dem Statut und dem Verhaltensreglement nicht eingegriffen werden und ersuche ich daher sämtliche Mitglieder, welche gegen mich oder gegen meine seitiger Tätigkeit irgend welchen Einwand zu machen haben, diesen schriftlich mit Namensunterschrift versehen in verschlossenem Kuvert entweder auf

dem Verbandsbureau abzugeben oder direkt an den Vorstand oder die Bezirksleitung einzufenden. Mit kollegialem Gruß W. Widmann.“

Die Versammlung fand dennoch statt. Nach heftiger Auseinandersetzung wurde gegen eine Minderheit von etwa 30 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die außerordentliche Metallarbeiterversammlung, die von 600 bis 700 Mitgliedern besucht war, spricht dem Geschäftsführer Widmann für sein unkollegiales und verwerfliches Treiben das allergrößte Mißtrauen aus und ersucht den Hauptvorstand, demselben unverzüglich von seinem Posten zu entheben. Weiters spricht die Versammlung, die Beitragszahlung so lange einzustellen, bis Widmann von seinem Posten entsetzt ist.“

Nun kann es los gehen. Einerseits „böswilligen Lasterern“, andererseits „unkollegiales und verwerfliches Treiben“. Herr Widmann kann sich jetzt auch sagen: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Vereizt kommt die Meldung, daß rote Metallgenossen mit ihrem Führer in Bruderliebe handgreiflich diskutiert haben. Und die Vertreter dieser „Brüderlichkeit“ fühlen sich berufen, wie die Hege beim Vergarbeiterstreik wieder zeigt, sich als die „einzigen wahren Volkszerzieher und Volksbeglückler“ aufzuspielen und strukellos die christlichen Gewerkschaften zu bekämpfen. Unsere Kollegen allerwärts sollten aus diesen Vorgängen die einzig richtige Lehre ziehen: Nun erst recht an die Arbeit zur Stärkung unseres Verbandes!

### Eine verächtliche Parteinarbeit für die Pforzheimer Rassenmarder.

Jeder überzeugte Gewerkschaftler sucht bekanntlich die Mittel seiner Verbandskasse vor dem Mißbrauch durch egoistische Freireiter nach Möglichkeit zu schützen. Mit vollem Recht. Denn die Verbandskasse besteht aus den Groschen, die sich die treuen Gewerkschaftler mit hartem Arbeitsverdienste jahraus jahrein vielfach gerabezu vom Munde absparen müssen. Unverantwortlich wäre es darum, wenn eine Organisationsleitung diese Gelder ohne jede Gegenleistung den bekannten „ganz Schlänen“ an den Hals werfen wollte, die erst dann zur Gewerkschaft kommen, wenn sie sich gelegentlich in einen Streik oder in eine Aussperrung verwickelt sehen. Keine Organisation, der es ernst ist mit der Vertretung der Arbeiterinteressen, wird sich dazu hergeben, solchen Elementen gegenüber Süßholz zu raseln.

Kurz und bündig erklärten wir deshalb auch den Leuten, die gelegentlich der Pforzheimer Streik- und Aussperrungsbeziehung unserem Verbande beitraten, daß durch den Beitritt allein ein Anspruch auf die Leistungen des Verbandes nicht erworben werde und ihnen für die Dauer der Aussperrung deshalb keine Unterstützung, sondern nur Darlehen gegen Schuldschein aus der Verbandskasse bewilligt werden könnten. Diese Darlehen seien der Verbandskasse sofort wieder zu erstatten, falls der betreffende Darlehensnehmer innerhalb dreier Jahre nach Empfang dem Verbandsbureau die Rückzahlung leisten sollte.

Als nun nach Beendigung des Pforzheimer Kampfes ein Teil derer, die die Gelder unserer Verbandskasse in Anspruch genommen hatten wieder austraten ohne ihre unterschriebenen anerkannte Schuld zu begleichen, gingen wir durch Klage gegen die Pforzheimer vor und erlangten auch in den ersten Fällen ein obliegenden Urteil. Einige andere Klagen wurden durch zwei andere Abteilungen des Pforzheimer Schöffengerichts abgewiesen mit der Motivierung, die Abmachung verstoße gegen § 152 der Gewerbeordnung. Mit der Angelegenheit wird sich jedoch noch eine höhere Instanz zu befassen haben.

Der „Regulator“, das Organ des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter H.-D. beschäftigt sich nun in seiner letzten Nummer 13 mit dieser Angelegenheit. Das ist sein gutes Recht. Eigenartig aber munter es den Gewerkschaftler an, wenn der Regulator dazu sagt:

„Es bleibt immerhin eine eigene Sache, Mitglieder durch einen festen Nebers an der Organisation festhalten zu wollen.“

Diese Stellungnahme des „Regulator“ läuft u. E. so ziemlich auf eine — wenn auch verächtliche — Parteinarbeit für die Rassenmarder hinaus. Für uns ist es keine „eigene“, sondern eine selbstverständliche Sache, daß es auch in einer Arbeiterorganisation keine Leistung ohne Gegenleistung geben kann. Mit der einseitigen Herauskehrung nur der „großen Leistungen“ der Organisation erzieht man doch keine Gewerkschaftler, die wissen, daß sie für die Hebung ihrer Lage und ihres Standes auch die nötigen Opfer bringen müssen. Wenn das von allen Organisationsleitungen rechtzeitig beachtet worden wäre, dann bräuhete der Regulator nicht in derselben Nummer, wo er das erzieherische Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes benügend, für die paar Ritzsch-Dunderschen Ruhrbergleute, die kaum acht Tage lang gefreit haben, so wehleidig den Ringelbeutel zu schwingen.

### Rundschau.

Eine Kapitalverwässerung großen Stils hat die Nieder Hütte vorgenommen. Das Werk erhöhte sein Aktienkapital um 5 038 875 M. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates begründete die Erhöhung damit, daß der Wettbewerb aller großen Eisenwerke die Gesellschaft zwingt, sich die Fortschritte der Technik anzueignen. Dazu gehöre in erster Linie die Verwertung der Hochofengase zur Erzeugung von elektrischer Kraft durch Dynamomaschinen als Ersatz für die bisherigen Dampfmaschinen, welche in Ilsebe und Peine nach Jahresfrist kaum noch im Betrieb sein dürften. Die Fadensteinigkeit dieser Begründung liegt auf der Hand. Die Aktionäre sollen die neuen Aktien zum Kurse von 100% erhalten, während der Börsenpreis der Aktien 740% ist. Die Aktionäre erhalten also für die 5 Millionen Mark einen Wert von 37 Millionen Mark. Das nennt man zu gut Deutsch nicht Kapitalerhöhung, sondern Kapitalverwässerung, um der sog. „Begehrlichkeit“ der beiter ein Schnippchen zu schlagen.

Warum denn in die Ferne schauen... Das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes schreibt in seiner letzten Nummer von christlichen Gewerkschaftlern, die wegen Terrorismus und Landfriedensbruchs verurteilt worden seien. Es ist diesmal allerdings ehrlich genug zuzugeben, daß sich unter den Verurteilten eine ganze Anzahl „Freiwerkschaftler“ befinden. Wir kennen die näheren Begleitumstände der Sache nicht, wissen aber, daß gegen das Urteil Revision angemeldet ist. Im übrigen läte die „Metallarbeiterzeitung“ gut, sich um ihre eigene Nachbarschaft zu kümmern. Da scheint es nötiger zu sein. Wir lesen nämlich in „Hamburger Echo“ vom 27. November 1911 u. a. folgendes aus Stuttgart:

„Den Ausführungen Westmebers, der sich gegen die Angriffe auf der Landesversammlung verteidigte, zollte ein



Einnahmen

Ausgaben

Main financial table with columns for Ortverzeichnis, Bestand am Ort, Beitrage, and various administrative categories. Includes a summary row at the bottom.

\*) Kessgründet oder von einer andern Verwaltungsstelle abgetrennt. \*\*) Eingegangen oder mit einer andern Verwaltungsstelle vereinigt. †) Die sonstigen Einnahmen setzen sich zusammen aus Sammelgeldern für Streits, Einnahmen für ...

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassa im Jahre 1911.

Table showing income and expenses for the main cash register in 1911, including items like 'Kassenbestand am 31. 12. 1910' and 'Beiträge von Einzelmitgliedern'.

Table showing expenses for administrative costs, including 'Gehälter der Bürobeamten', 'Büro-Miete, Licht und Heizung', and 'Sonstige Ausgaben'.

Table showing expenses for district administration and litigation, including 'Für Bezirksleitung und litigation', 'Für Bezirkskonferenzen und Ausschüsse', and 'Für Bücher und Schriften'.

Rechnungsabschluss für das Jahr 1910.

Table showing the financial closing for the year 1910, including 'Kassenbestand am 31. 12. 1910', 'Beiträge', and 'Delegiertenkosten'.

Table showing the balance sheet for 1911, including 'Kassenbestand am 31. 12. 1911', 'Postfach-Konto', and 'Darlehens-Konto'.

Duisburg, den 29. März 1912. fr. Wieber, G. Herzog, Verbandsvorsitzender, Hauptkassierer.

alter Parteivertrauensmann, der schon 22 Jahre in der Partei tätig ist, Beifall. Der mit seinen Freunden in der Nähe stehende Kassierer des Metallarbeiterverbandes, Genosse Stalsky, schimpfte deshalb den Alten, einen alten Kerl, der sich betrage wie ein Bub; er solle sich schämen. Der Vertrauensmann antwortete ruhig, er gehöre der Partei lange genug an, um zu wissen, was sich gehöre. Nach Westmeyer sprach Reichstagsabgeordneter W. Keil. Nunmehr applaudierte Stalsky sehr eifrig. Der Vertrauensmann bemerkte daraufhin in durchaus ruhiger Weise, nun tue Stalsky dasselbe, was er an ihm (dem Vertrauensmann) so scharf gerügt habe. Als Antwort schlug Stalsky dem Vertrauensmann herantins Gesicht, daß der Geschlagene ein blutunterlaufenes Auge davon trug. Glücklicherweise beantwortete der Geschlagene die Provokation nicht mit gleicher Münze, sondern verhielt sich der Weisung der Versammlungsleitung gemäß ruhig.

Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Zum verachteten Ruhrbergarbeiterstreik macht der „Arbeiterbote“, das Organ des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine in seiner Nr. 13 vom 28. März 1912 u. a. folgende durchaus zutreffenden Bemerkungen:

„Von der gesamten bürgerlichen Presse — einige Tübinger Blätter, wie „Derliner Tageblatt“, „Frankfurter Zeitung“ u. a. ausgenommen — wird der erfolglos abgebrochene Streik als ein schöner Sieg des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter über den sozialdemokratischen Verband bezeichnet. Mit vollem Recht. Der christliche Gewerkschaft hat sich in dem Kampf als zuverlässiges Bollwerk gegen sozialdemokratische Machtgelüste und Willkürherrschaft erwiesen. Er verdient vollsten das Vertrauen der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Immer deutlicher zeigt sich, daß die Sozialdemokratie auf die Dauer nur durch eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsorganisation überwunden bzw. in Schach gehalten werden kann. Diese Organisation zu stärken, ist unsere Pflicht und Schlußfolgerung.“

Die Hirsch-Dundersche Bergarbeiterorganisation hat sich in dem letzten Ruhrbergarbeiterstreik als getreue Vasallen der Sozialdemokratie erwiesen, mit ihr kann ein denkender christlich-nationaler Arbeiter keine Gemeinschaft halten. Auch die gelben Werkvereine, die im Bergbau leider schon weite Verbreitung gefunden haben, und von den Gewerkschaften kräftig gefördert werden, können nicht als die Vertretung der Arbeiterschaft erachtet werden; sie tragen nicht zur Gelbung unserer öffentlichen und sozialen Verhältnisse bei, sondern stiften nur Verwirrung und erziehen zur Unselbstständigkeit. Nur eine selbständige, von tüchtigen, charakterfesten, ihrer Verantwortung sich bewußten Arbeitführenden geleitete Arbeiterbewegung ist imstande, einen dauerhaften Damm gegen die sozialdemokratische Hochflut zu bilden und eine Überwindung der Sozialdemokratie erhoffen zu lassen. Das ist die Hauptlehre, die aus der letzten Streikbewegung gezogen werden muß.“

Aus der Metallindustrie. Der Maschinenbau-W. & G. Walte in Bochum brachte das verflossene Geschäftsjahr nach 179 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 611 000 M. Die Dividende beträgt 320 000 M. gleich 16%. Die Gewinnanteile u. beanspruchen 144 000 M. — Die Oberfälische Eisen- und Drahtindustrie in Gleiwitz erzielte einen Rohgewinn von 3 164 000 M.; der Reingewinn beträgt 1 863 000 M., davon werden 1 600 000 M. abgeschrieben und der Rest vorgetragen auf neue Rechnung.

Die sozialdemokr. Düsseldorf „Volkszeitung“ sucht Streikbrecher für eine Drahtzieherei in Wismar. In diesem sozialdemokratischen Blatte, welches am Sitze der Zeitung des 7. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbandes erscheint, war am 15. März 1912 in Nr. 63 folgendes zu lesen:

Grob-, Mittel und Feinzieher.  
Die Drahtwerke von W. Müller, Wismar a. d. Ostsee, suchen, nachdem die Drahtzieherei neu aufgebaut und eingerichtet ist, tüchtige Drahtzieher für dauernde Beschäftigung.

Dieses Streikbrechergebot befindet sich, wie gesagt, in der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ und dabei ist das Wort seit einem Vierteljahr vom Deutschen Metallarbeiterverband gesperrt. In der „Metallarbeiterzeitung“ prangt die betreffende Sperrnotiz am Kopfe der Rubrik: „Zug ist fern zu halten“. Wenn sich unsere Kollegen vergewissern, daß der Beamte Schulz vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in Elbing beim Abbruch des Streiks bei der Firma Schichau feststellte:

„Das muß ich sagen, Kollegen, die christlichen Gewerkschaftler standen wie eine Mauer.“

Dann bedarf es keiner weiteren Beweise, um zu finden, wo eigentlich die Streikbrecher sitzen. Nicht in unseren Reihen, sondern bei den Genossen, die sich jetzt so krampfhaft bemühen, die unsichtige Haltung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter herunterzureißen.

Die Branntweinliebesgabe, die im verflossenen Wahlkampf der Sozialdemokratie als Popanz zur Demonstration der bürgerlichen Verderbtheit diente, soll aufgehoben werden. Das paßt den Genossen aber nun auch wieder nicht. Die sozialdemokratische Wuppinger „Freie Volksztg.“ schreibt nämlich in Nr. 72/1912 u. a.:

„Sunter und Pfaffen, die geschworenen Feinde der Erbschaftsteuer, haben ihren Willen durchgesetzt. Sie werden die neuen Stützungsvorlagen glatt bewilligen, aber sie denken nicht im Traume daran, dafür einen Pfennig zu bezahlen. Denn auch die famose Aufhebung der Schnapsliebesgabe wird nicht etwa für die Schnapsbrenner, sondern nur für die Schnapskonsumenten eine neue Belastung bilden.“

Neu erst merkwürdig! Namentlich dann, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes am 9. Dezember 1911 schrieb:

„Die Liebesgabe, die den Grob- und Feinzieher im Betrag von 20 Mark pro Hektoliter reinen Alkohol gegeben wird, bleibt im vollen Umfang bestehen. Als eine Fürsorgegesetzgebung für die Landwirtschaft wurde die Branntweinbesteuerung von Reichstagsabgeordneter selbst bezeichnet. Diese Sonderbegünstigung der Sunter, die neben ihnen auch Königen u. Großherzögen, Fürsten und Prinzen große Gewinne bringt, hat nie die Zustimmung der Sozialdemokratie gefunden. Von einem Regierungsvertreter wurde zugesagt, die Liebesgabe müsse aufrecht erhalten werden, denn andernfalls seien unsere ohnehin schon Großgrundbesitzer nicht mehr in der Lage, die notwendigen Zuschüsse für den Leutnant-Sohn und den Referenz-

dar-Sohn zu geben. Im Jahre 1910 nahm das Reich aus der Branntweinsteuer 180 Millionen Mark ein; die Gesamtbefassung des Branntweins aber betrug 322 Millionen. Nicht weniger als 142 Millionen flossen also den Brennern durch die verschiedenartigen Vergünstigungen zu.“

Und in Nr. 52/1911 der „Metallarbeiterzeitung“ hieß es in dem Wahlartikel „Vor der Entscheidung“ hinsichtlich der Liebesgabe:

„Der Bereicherung des Großgrundbesitzes dient auch die Liebesgabenpolitik. Allein durch die sogenannte Schnapsliebesgabe wird den Branntweinbrennern jährlich ein Geschenk von 46 Millionen Mark verabreicht.“

Preisfrage: Wer hat nun geschwindelt, die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ oder die sozialdemokratische „Freie Volkszeitung“ in Wuppinger, welches nicht allzuweit von Stuttgart liegt.

Der sozialdemokratische Abg. Sachse hat sich wieder einmal „geirrt“. Nach dem Parlamentsbericht der „Volkszeitung“ sagte Herr Kräfte im Reichstag mit Bezug auf Sachse:

„Die neulich hier über die angeblich gebrochene Amtsverschwiegenheit vom Abg. Sachse gemachten Angaben treffen nicht zu. Diesen Mangel hätten die Sozialdemokraten hier öffentlich, nachdem sich herausgestellt hat, daß der Vorwurf nicht zutrifft, von den Postbeamten nehmen müssen. Die Postbeamtenschaft lebt nicht bloß vom Essen, sie will auch ihre Ehre bewahren.“

Erst nach dieser unerbittlichen Aufforderung, der Wahrheit die Ehre zu geben, ließ Herr Sachse sich zu einer gequälten Bittnahme eines gänzlich unbegründeten ehrenrührigen Vorwurfs herbei. Er sei damals falsch orientiert gewesen, meinte er entschuldigend. Herr Reichstagsabgeordneter Sachse, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, scheint demnach so ziemlich immer falsch orientiert zu sein. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag sah er sich ebenfalls genötigt, „Fehler“ einzugestehen. Damals sagte Sachse:

„Dann hat Herr Werner mir einen Fehler vorgehalten, den ich allerdings in der zweiten Lesung in Bezug auf die Regelung des Wahlrechtes bei den Knappschaftsrentenklassen bei der Reichsversicherungsordnung begangen habe. Ich gebe zu, ich war falsch unterrichtet; ich habe da nicht das richtige getroffen.“

Also: „Fehler“ — „falsch orientiert“ — „nicht das richtige getroffen“ — usw., so baut Sachse sein Weisheitsmaterial zusammen. Spürt man diese Zusammenhänge etwas weiter aus, dann ist die korpulente Taktik des roten Bergarbeiterverbandes, welche die Vergleiche zu der Riesenschlange führte, verständlich. Nachher tut man's mit einer Handbewegung ab: „es war ein Fehler“. Wie lange sich die Kumpels das gefallen lassen, ist ihre eigene Sache. Unsere Kollegen können zum so- und-sovielen Male daraus erkennen, was von den sozialdemokratischen Behauptungen zu halten ist. — Die Leute sind eben „falsch orientiert“ und damit die Kumpels nicht merken, daß sie mal wieder „nicht das richtige getroffen“ haben, schimpfen sie feste auf andere Leute.

### Streits und Lohnbewegungen.

**Düsseldorf.** Ueber die Formerei der Firma Schwizke, Düsseldorf-Mörsenbroich, Gelbmetall-Armaturen- und Maschinenfabrik wurde die Sperre verhängt. Differenzen bestehen bereits ein halbes Jahr lang. Von der Firma wurde immer versprochen, die Mißstände zu beseitigen und den in der Gießerei beschäftigten Arbeitern eine Lohnerhöhung zu geben. Fast nichts ist jedoch geschehen, da die Firma es immer gut verstand, die Arbeiterschaft zu vertrusten. In einer Versammlung wurde die Feststellung gemacht, daß noch Formner vorhanden sind, die 4 Mark pro Tag verdienen. Weiter wurde festgestellt, daß die mit einem der Herren Firmeninhaber vereinbarten Abfordersätze vom Formnermeister nachträglich gekürzt wurden. Die im Lohn arbeitenden Formner können nie genug Rasten herstellen. (Immer will man Tausende Mark an der Gießerei zusehen.) Den Kernmachern wird gleichfalls ein äußerst niedriger Lohn bezahlt. Die Schmelzer, welche den ganzen Tag die giftigsten Gase einatmen müssen, bezahlt man gleichfalls nicht der Leistung entsprechend. Hinzu kommt, daß fast sämtliche dort beschäftigten Arbeiter auch noch Auslagen für die Straßenbahn haben, ohne daß dies berücksichtigt wird. Die beteiligten Arbeiter wollen nun nicht mehr warten und beschloßen, den Betrieb zu sperren. Es wird deshalb ersucht, den Zugang von Formnern, Kernmachern und sonstigen Gießereiarbeitern so lange fernzuhalten, bis eine Regelung erfolgt ist.

**Düsseldorf.** Die im Kohrzug und in der Gießerei beschäftigten Arbeiter der Metallwerke Gustav Imhäuser haben am 26. März die Kündigung eingereicht. Mit einer Ausnahme gehören sämtliche Kollegen unserem Verbands an. Die Firma weigerte sich, über die ihr in einer Eingabe unterbreiteten Wünsche der Arbeiter bezgl. Lohn und Schaffung notwendiger sanitärer Einrichtungen mit dem Verbandsvertreter oder einer Arbeiterkommission zu verhandeln. Alle Versuche unsererseits zur Anbahnung einer friedlichen Verständigung scheiterten an der ablehnenden Haltung der Werkleitung. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Zwistigkeiten.** Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

**Siegen.** Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Bergbau in Geisweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

**Werdohl.** Die Firma Honsel in Coeling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

**Ulm.** Die Arbeiter der Firma Ed. Mayer & Comp. stehen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Düsseldorf.** Ueber die Formerei der Armaturen- und Maschinenfabrik Schwizke in Düsseldorf-Mörsenbroich ist die Sperre verhängt.

**Erier.** Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zurstellende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Holtenstraße 12 zu melden.

**Olpe.** In der Metallgießerei Imhäuser stehen die Arbeiter in Kündigung.

**Düsseldorf-Oberkassel.** Bei der Firma Girsch stehen die Schlosser der Abt. Fensterbau im Streik.

Zugang ist fernzuhalten.

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 7. April 1912 der fünfzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. April 1912 fällig.

### Die Zählkarte

Nur Reichsarbeitslosenstatistik soll beim Eintreffen dieser Organnummer längst an die Hauptgeschäftsstelle abgehandelt sein. Wo dies noch nicht geschehen ist, muß es unbedingt sofort nachgeholt werden.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Stolberg.** (Ortsverwaltung.) Mit dem Anfang dieses Jahres ist ein Wunsch zur Wirklichkeit geworden, den wir bis vor Jahresfrist noch kaum für möglich gehalten hätten. Haben wir es doch im Laufe des Jahres zu einer gewissen Selbständigkeit, ja zu einer größeren selbständigen Ortsverwaltung gebracht. Trotz des hier herrschenden steinigten Bodens ist es uns gelungen, feste gesunde Wurzeln auf gewerkschaftlichen Gebiet zu fassen. Schrittweise sind wir im verflossenen Jahre vorwärts gekommen. Wenn auch nicht, wie es zur Zeit einmal der Fall war, die Mitglieder auf einen Schlag zu Hunderten dem Verbands zufließen, so können wir doch von einem Fortschritt im verflossenen Jahre berichten. Gatten wir doch einen Zuwachs von 436 Mitgliedern zu verzeichnen; er verteilt sich auf die einzelnen Sektionen wie folgt: Weinig mit Westwegen 22, Büschbach 13, Gschweiler 120, Gressenich 17, Röhde 10, Stolberg 77, Zweifall 13, Düren 34, Hoven 73, Jüngerzdorf 57. Unser engerer Bezirk hat damit den Beweis erbracht, daß auch in steinigem Boden durch andauernde Gewerkschaftsarbeit noch Furchen zu ziehen sind.

Unser Mitgliederbestand entfällt zum größten Teil auf die Weiterverarbeitungsindustrie. Trotzdem in der schweren Industrie die Verhältnisse die denkbar traurigsten sind, trotzdem bei diesen Arbeitern am allerwenigsten die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit vernachlässigt wurde, gewinnt der gewerkschaftliche Gehalte hier nur langsam Boden. Aber auch diese Arbeiter werden doch einmal zu dem Erkenntnis gelangen müssen, daß, wenn sie ihre Lage verbessern wollen, die Selbsthilfe das einzige Mittel dazu ist. Der Verzicht auf gewerkschaftliche Selbsthilfe ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Wie steht nun das Verhältnis der Zunahme, wie überhaupt unser ganzer Mitgliederbestand zu der Zahl der im Bereich unserer Ortsverwaltung tätigen organisationsfähigen Metallarbeiter? In den Städten Düren, Gschweiler und Stolberg kommen ungefähr 10 000 Metallarbeiter und Arbeiterinnen in Frage. Davon waren am Schluß des Jahres 1911 980 in unserem Verbands organisiert. Also ein Heer von 9000 organisationsfähigen Metallarbeitern muß noch dem Indifferenzismus ertrungen werden. An der Gewinnung dieser Fernstehenden muß jedes Mitglied nach Kräften mitarbeiten. Die Mitarbeit hat in den meisten Sektionen im verflossenen Jahre sehr viel zu wünschen übrig gelassen. Das hat sich besonders bei der geplanten Hausagitation gezeigt. Die Sektionen, die darin ihre Pflicht getan, haben auch große Erfolge aufzuweisen. Auch haben diese bewiesen, daß alle Gründe, die gegen die Hausagitation ins Feld geführt werden, hinfallig sind. Es fehlt hier bloß noch der feste, entschlossene Wille zur Tat. Unsere Parole in diesem Jahre muß in allen Sektionen lauten: Mitarbeiter vor die Front! Hinein in die Agitation, hinein in die Kleinarbeit. Von Haus zu Haus muß der Agitator wandern, da der Feind aussuchen, wo er sich verchanzt hält. Diese Parole gilt vor allen Dingen auch denen, die sich „zu alt“ dünken, den ständig Mißgestimmten, die immer ein Fragezeichen hinter das Wort vorwärts setzen. Ihnen ist bewiesen worden, daß man vorwärts kommen kann, wenn man nur den Willen dazu hat. Keiner von uns ist zu alt noch zu jung, wenn es heißt, gewerkschaftlich tätig zu sein — und unser Ziel ist zu weit und zu groß, und der Hindernisse zu viele, als das alles in einigen Jahren „von selbst“ erreicht wäre.

Aber eines ist noch besonders zu beachten, nämlich die Erhaltung der gewonnenen neuen Mitglieder. Das Interesse für unsere Sache muß daher ständig wach gehalten werden. Mit einer Augenblicksbegeisterung ist uns nicht geholfen. Und Soldaten, die vor der Wirklichkeit zurückschrecken, kann man auch im gewerkschaftlichen Leben nicht gebrauchen. Auch nach dieser Seite hin muß der Hebel der Besserung angelegt werden. Außer den Ortsgruppen Düren, Hoven und Jüngerzdorf hatten wir im verflossenen Jahr 417 Aufnahmen, ohne die der Jugendabteilung. Davon traten 145 wieder aus. Soffentlich brauchen wir dieses Kapitel im nächsten Jahr nicht mehr so stark hervorzuheben. Um nach dieser Seite hin die bessere Hand anzulegen ist vor allen Dingen notwendig, der Ausbau des Vertrauensmänner-Apparats und die Einsetzung von Agitationskommissionen. Dazu eignen sich besonders die Vorstandsmitglieder, denen sonst eine direkte Arbeit nicht zugeeilt ist. Die Mittel, die zur Gewinnung neuer Mitglieder angewandt werden, gelten auch für die Erhaltung derselben. Ein Hauptverdienst ist der fleißige Besuch der Mitglieder- und Werkstattoversammlungen, sowie das eifrige Lesen des Verbandsorgans. Mitglieder, die in diesen Punkten voll und ganz ihre Pflicht tun, werden niemals die Fluktion begünstigen.

Jetzt, Kollegen, hinein in die Werbearbeit! Es gilt das einmal begonnene Werk vollenden. Jede Sektion muß rüsten zum eifrigen Wettbewerb. Das auf unserer diesjährigen Bezirkskonferenz Beschlossene muß in unserer Ortsverwaltung zur Tat werden. Wir sind auf der letzten Generalversammlung der Ortsverwaltung Aachen, wo wir die Abzweigung von dieser vollzogen, mit dem Vorjah nach Haus gegangen, innerhalb Jahresfrist mit Aachen gleich zu sein, ja, Aachen überholt zu haben. Erbringen wir also den Beweis, daß wir Wort zu halten wissen!

**St. Ingbert (Wald).** Die von unserm Verband auf den 17. März einberufene Handwerker- und Maschinenveranmlung der Grube St. Ingbert erfreute sich eines guten Besuchs. Kollege Kettenhofen referierte über das Thema: „Die Lage der Grubenhandwerker und -Maschinisten und wie kann dieselbe gebessert werden“. Redner zeigte, wie gerade die Gruppe der Handwerker z. B. in allen Bergbaubetrieben vernachlässigt worden sei. Deshalb finde man auch hier noch Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die durchaus nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechen. Redner bewies das durch eine Gegenüberstellung der Lohn- und Arbeitszeit der Handwerker in der Privatindustrie mit denen auf den staatlichen Gruben. Der christliche Metallarbeiterverband habe sich entschieden der Lage der Grubenhandwerker angenommen und arbeite unermüdet weiter an der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Arbeiterkategorie. Wenn sich heute die Parlamente mit der Lage der fiskalischen Grubenhandwerker befassen, so sei das nicht von ungefähr gekommen; hier zeige sich der Einfluß einer Zentralorganisation, die auf christlich-nationalen Boden stehe. Redner schloß mit der Aufforderung, an der weiteren Stärkung und Ausbreitung unseres Verbandes mitzuwirken, denn nur die Organisation biete dem Arbeiter die Gewähr für die Verbesserung seiner Lage.

Der Erfolg dieser Versammlung war, daß sich eine Anzahl Kollegen unserm Verbande anschlossen; sodas die Handwerker und Maschinisten der Grube St. Ingbert nun fast vollständig organisiert sind. Die Petition an die bayerische Regierung und den Landtag wird demnächst im Landtage zur Verhandlung stehen. Es sollen dieserhalb noch geeignete Maßnahmen zur Information der Volksvertreter getroffen werden. Ebenfalls soll das Bergamt auf verschiedene Mißstände aufmerksam gemacht und deren Beseitigung angeregt werden.

In Schlußwort erwähnte Kollege Kettenhofen die Geschlossenheit und Einigkeit unter allen Kollegen zu fördern und hochzuhalten, um dadurch den Forderungen und Wünschen den notwendigen Nachdruck zu verleihen.

**Laupheim.** Auch hier geht es allenthalben vorwärts. Haben wir doch zu Beginn dieses Jahres wieder eine Anzahl Kollegen für unsern christlichen Metallarbeiterverband gewonnen und besonders unsere Jugendabteilung weiter ausgebaut. Am Sonntag den 10. März wurde die Agitation von neuem aufgenommen. Zu diesem Zwecke waren eine Anzahl Adressen gesammelt und die Stadt in Agitationsbezirke eingeteilt worden. Erfreulicherweise hatten sich mehrere Kollegen zur Hausagitation zur Verfügung gestellt, ebenso beteiligten sich eine Anzahl Ulmer Kollegen. Durch dieses Hand-in-Handarbeiten wurde die Begeisterung unter der organisierten Arbeiterschaft noch mehr gesteigert und das Resultat war eine weitere Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes.

In der nachmittags 3 Uhr abgehaltenen Agitationsversammlung referierte Kollege Höchersteiger-Ulm über das Thema: „Kann der Arbeiter ohne Organisation seine Lage verbessern?“. In mehr als einstündigem Vortrage legte uns der Referent die Bestrebungen der Organisation dar, wies auch auf den „freien“ Arbeitsvertrag hin und hob besonders hervor, daß dieser erst durch die Organisation zu einem wirklich freien Arbeitsvertrag ausgebaut werde. Der Arbeiter habe das größte Interesse daran, auch ein Wort darüber mitzureden, wie seine künftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich gestalten sollen. Werben auch jetzt die Wägen hier und da aufgefesselt, so tun die Arbeitgeber das in ihrem eigenen Interesse, um nämlich dadurch die Arbeiter während der guten Konjunktur von der Organisation fernzuhalten. An der Hand von Beispielen wurde treffend nachgewiesen, wie derartige Lohnerhöhungen bei schlechtem Geschäftsgang durch Lohnreduzierungen wieder doppelt und dreifach abgezogen werden. Daraus sollte die unorganisierte Arbeiterschaft lernen, daß sie sich organisieren muß, wenn sie sich das in der guten Konjunktur Errungene auch für die Zeiten des niedergehenden Geschäftsganges sichern will. Es ist ein großer Fehler, wenn Kollegen glauben, den Verbandsbeitrag sparen zu müssen und sich hartnäckig weigern, der Organisation beizutreten; denn dadurch wird die Stokkraft einer Organisation nur geschwächt. Darum, Kollegen, müssen auch wir fien und Opfer bringen für unsere gerechte Sache; denn je größer die Zahl der organisierten Arbeiterschaft, je stärker das Kassenvermögen einer Organisation ist, um so reichlicher fällt auch die Ernte aus.

Kollegen von Laupheim! An euch liegt es nun, auf dem beschrittenen Weg weiter zu arbeiten. Eine große Zahl Unorganisierter, die ihrer Ueberzeugung nach zu uns gehören, steht uns noch fern. Die Hausagitation hat uns einen erfreulichen Erfolg gebracht. Darum nicht erlahmt, sondern von neuem an die Arbeit, nicht eher geruht, bis der letzte Mann dem christlichen Metallarbeiterverband zugeführt ist.

**Bodenwöhr.** Schon öfters haben wir uns durch unser Verbandsorgan an die Deffentlichkeit wenden und auf Abstellung von Mißständen drängen müssen. Wie die Verhältnisse auf unserm Emailwerke gegenwärtig liegen, müssen wir es wieder tun. Unverschuldete Ausschubarbeit ist bisher immer bezahlt worden. Aber seitdem wir einige neue Beamte haben, wird nichts mehr dafür bezahlt. Und das geht so: Früher hatten wir in unserem Emailwerke einen Mann, der es verstand, gute Emaille herzustellen. Da wurde sehr wenig Ausschubarbeit gemacht. Doch der Mann ist auf eine Schule gegangen. Jetzt versucht man fortwährend eine Emaille herzustellen, die möglichst billig ist. Aber da fährt das Werk noch schlechter. Erkens werden viele Proben gemacht und zweitens ist die fertige Arbeit nicht so wie früher. So sind sogar am 18. März drei größere Ressel vom Abnehmer zurückgeschickt worden. Die Ausschubarbeit wird einfach zusammengeschlagen und wieder eingeschmolzen. Die Arbeiter aber bekommen für diese Arbeit nichts. Da will man billig produzieren und darunter leiden die Arbeiter und das Werk Schaden. Auch soll es den Vorgesetzten bekannt sein, daß die Emaille minderwertig ist. Fragt ein Arbeiter um Rat, denn wird er auf den kommenden Meister verköpft, und zwar schon seit längerer Zeit.

Auch die Behandlung der Emailarbeiter läßt zu wünschen übrig. Ein Arbeiter, der schon 25 Jahre auf dem Werk beschäftigt ist, fragte Fr. B., ob denn die Ressel bezahlt werden. Darauf hieß es einfach „nein!“. „Die Arbeit muß so lange gemacht werden, bis sie lang und weins nicht paßt, der kann gehen. Er könne das auch den anderen Arbeitern sagen.“ Jung Betriebsführer Fr. Th. gehen die Arbeiter fast gar nicht mehr hin, da heißt es gleich: „Rachen Sie, daß Sie raus kommen.“ Auch Herr Fr. Th. will für unverschuldete Ausschubarbeit nichts zahlen. Daß bei der jetzigen Teuerung den Arbeitern der Lohnausfall schwer ankommt, ist jedem klar. Außerdem schaffen die Leute im Werk und müssen nachher froh sein, wenn sie den Schichtlohn verdienen. Wir aber

meinen, daß gegebene Versprechen einfach gehalten werden müssen. In den letzten Tagen ist den Arbeitern nun der halbe Betrag für den unverschuldeten Ausschub zugeteilt worden. Das ist doch ein Zeichen, daß man einsieht, daß der bisherige Modus nicht richtig war.

**Neunkirchen.** Saarabien soll wieder mit einer neuen gelben Sumpfpflanze „beglückt“ werden. Alle Ecken und Enden des Neunkircher Eisenwerks wurden am 29. März mit folgendem Anschlag beklebt:

„Nationaler Hüttenverein Neunkircher Eisenwerk.“  
In der Versammlung vom 25. März 1912 wurde bezüglich der Aufnahmebedingungen beschlossen, alle Werksangehörige über 14 Jahre, die sich vor dem 16. April 1912 zur Aufnahme melden, mit einem Eintrittsgeld von nur 50 Pfg. auszunehmen. Nach dem 16. April kommen gesteigerte Einätze zur Verwendung. Werksangehörige, die einer Gewerkschaft oder den kath. Arbeitervereinen (bezgl. den Fachabteilungen) angehören, können niemals Mitglieder des Hüttenvereins werden. Eine Aufnahme ist nur möglich gegen Abgabe ihres Quittungsbuches an den Vorstand des Hüttenvereins.  
Der Vorstand.“

Die gelben Häuptlinge veranstalten also nach berühmten Mustern jetzt auch schon „billige Wochen“. Nur haben sie dazu einen etwas anrüchigen Zeitpunkt gewählt. Der denkende Teil der saarabischen Arbeiterschaft wird sich auch durch den ermäßigten Preis von 50 Pfg. von den Gelben selbst am 1. April nicht in den Sumpf locken lassen. Sie wissen eben, daß auch die Protokoren der Gelben — gerade wie die bekannten Danbelsjuden und Marktschreier — vom „Schaden“ leben, d. h. vom Schaden anderer Leute. Als vernünftige und aufrechte Männer schließen sie sich deshalb den christlichen Gewerkschaften an.

**Düsseldorf.** Den roten Streithähnen schwillt der Kamm; es wundert sie gewaltig, daß eine Reihe noch christlich denkender Arbeiter das sozialdemokratische Verbandsjoch abgeschüttelt und sich unserm Verbands angegeschlossen haben. Besonders bei der Firma Mannesmann in Rath schießt die rote „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ arg ins Kraut. Der eine Metallgenosse tritt an seine christlich organisierten Mitarbeiter heran und „will sie zu Drei schlagen“; ein anderer versichert: „ich kneie dich zu Teig“; und ein dritter versteigt sich gar zu der Liebeswürdigkeit: „Mache deine Augen auf, du Tölpel, du kriegst was in die Presse!“ Ja, die Metallgenossen gingen in der praktischen Anwendung der roten Brüderlichkeit noch weiter: sie verhängten über ihre christlich organisierten Kollegen den „Arbeiterboykott“! Man ist einfach sprachlos, wenn man von diesem neuen „frei“gewerkschaftlichen Kampfmittel gegen organisierte Mitarbeiter hört. Das bekannte Mittel des sozialdemokratischen Terror, „Verweigerung der gegenseitigen Hilfe bei der Arbeit“, wird hier also noch verschärft durch das Verbot, mit christlich organisierten Arbeitern zu sprechen. — Und das sind die Leute, die den Himmel auf Erden etablieren wollen!

Diese infame Kampfweise der Genossen hat nun natürlich zur Folge, daß die christlichen Arbeiter um so fester zusammen stehen. Die Mut der Genossen ob dieses Erfolges ihrer Taktik ist noch größer geworden, aber sie prallt an der geschlossenen Einigkeit unserer Kollegen wirkungslos ab. Mögen die Genossen lächeln und keifen: „Streikbrecher“, „Fehlentschuldlinge“, „Lumpen- und Demunziantenorganisation“ zc.; je toller sie lägen und verkommen, um so eher wird auch der Schwermäßigste aus der Masse den Schwindel merken — und die Konsequenzen ziehen.

Der hiesigen „wahrheitsliebenden“ roten „Volkszeitung“ hat man nun einen Artikel über christlich organisierte Mitarbeiter zur Veröffentlichung anvertraut. Die Schreibweise verrät als Verfasser den allbekannten Demagogen. Der Mann läßt nämlich nicht nur wie gedruckt, sondern sogar handgreiflich. Aus der Tatsache, daß ein „freier“ Metallarbeiter nach Schluß der Arbeit für eine unsäglich gemeine Flegel ein paar wohlverdiente Markchen bekam, will der sozialdemokratische Schreiber einen christlichen „Fall Theisen“ konstruieren. Demgegenüber wird nun aber in der „Volkszeitung“ zugegangenen Berichtigung folgendes festgestellt:

„1. Es ist un wahr, daß ich den Dreher Sch. des öfteren angerempelt und mit Keulenarten befaßt haben soll. Wahr dagegen ist, daß ich diesem Mann in jeder Weise behilflich war und Werkzeuge aller Art geliehen habe. Dies noch bis in die letzten Tage hinein.“

2. Es ist un wahr, daß ich den p. Sch. von hinten mit der Faust mehrere Male ins Gesicht geschlagen habe. Wahr dagegen ist, daß nachdem derselbe mit meinen körperlichen Fehlern seinen Spott getrieben, ich in der Gemütsaufwallung nach Schluß der Arbeit, demselben über das Wasserbeden hin ins Gesicht schlug. Hierauf wehrte sich der Geschlagene, schimpfte über meine körperlichen Fehler weiter und erhielt, indem ich auf denselben zunging, weitere Backpfeifen.“

3. Un wahr ist, daß ich im christlichen Metallarbeiterverbande den Posten eines Vertrauensmannes für diese Rießte versehe. Wahr dagegen ist, daß dieses Amt nicht von mir, sondern von einem anderen Mitarbeiter ausgeübt wird.“

Im übrigen dürfte der p. Sch., der nicht allein einen anderen christlich organisierten, sondern auch einen seiner „frei“ organisierten Mitarbeiter verprügelt hat, auch im „freien“ Metallarbeiterverband ausgeschlossen worden sein, wie mir der von ihm heringelegte Vertrauensmann S. dieser Organisation mitteilte.“ (Unterschrift.)

Damit ist der neue „Fall Theisen“ ebenfalls abgeschlossen. Im übrigen mögen sich die Genossen das ein für alle Male merken: Unsere christlichen Arbeiter haben es satt, sich fortwährend zum Ambos für jeden sozialdemokratischen Flegel herzugeben. — Nur wollen die Metallgenossen auf dem Werke „fast 700 Mitglieder“ haben; sie haben hier nicht nur „fast“, sondern stark 300 hinzugelogen — und unsere Mitgliederzahl „entsprechend“ herab — gemindert.

Unerschrocken blamiert haben sich die Freiheitshelden mit dem Schluß ihres Artikels. Danach sollen zwei Arbeiter einen Wortwechsel gehabt haben. Nach einwandfreier Untersuchung bestand dieser ganze „Wortwechsel“ lediglich darin, daß ein Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes einen Mitarbeiter „christlicher Schweinehund“ titulierte. Kein Mensch, der etwas auf sich hält, wird sich solche Beleidigungen gefallen lassen und der beschimpfte Arbeiter beschwerte sich deshalb beim Obermeister. Dem Beleidiger wurde gekündigt. Weil es sich dann nachträglich herausstellte, daß dieser Mann nur von einigen Rollblutgenossen angeheßt war,

ließ der Betriebsleiter Gnade walten. Die „starken“ Genossen wollen das natürlich durch eine Kommission — die aber gar nicht vorgelassen worden sein soll — vom Direktor erreicht haben.

Ein Geheul wie die Judäaner stimmten die Metallgenossen nun an, als just der „Genosse“, für den sie sich so ins Zeug gelegt haben wollen, nicht mehr in ihrer Organisation bleiben will. Er übergab das rote Verbandsbuch unserem Vertrauensmann mit der Bitte, ihm doch alles zu vergeben und seine Aufnahme bei uns zu beantragen. „Schon wieder eine Seele“, hätten wir ausrufen können, wenn nicht eine Mehrheit unserer Mitglieder gegen die sofortige Aufnahme des Mannes gewesen wäre. Der „christliche Schweinehund“ ist ihm ja, nachdem wir die Umstände kennen, vergeben, aber das sonstige Verhalten seinen Mitarbeitern gegenüber ist nicht ganz einwandfrei gewesen, sodas erst eine 13wöchige Karenzzeit gefordert wurde. Auch wollten wir den Gewerkschaftssozialisten keinen Mann abnehmen, da sie sonst ja nur noch „fast 600 Mitglieder“ hätten. Dem Wirt, wo unsere Versammlungen stattfanden, haben die Genossen in ihrer Mut jetzt auch den Boykott angekündigt. Da wir noch nie die geringsten Beschwerden gegen die Abhaltung sozialdemokratischer Betriebsversammlungen dort erhoben, zeigt das so recht die Frechheit dieser Gesellschaft. Der Mann hält sogar die rote „Volkszeitung“, aber er soll das Düsseldorf „Tageblatt“, eine Tageszeitung, in der auch wir zu Worte kommen, abbestellen. Das ist bezeichnend für die ganz erbärmliche Kampfweise dieser Freiheitshelden. Für unsere christlichen Metallarbeiter ist dies ein Grund mehr, nun erst recht an der Stärkung unseres Verbandes zu arbeiten.

**Briefkasten.**

Regen Stoffandrang mußten diesmal wieder einige Artikel zurückgestellt werden.  
Des Oherfestes wegen ist für die nächste Nummer bereits Samstag den 6. April mittags Redaktionsluß. Notizen für den Verbandskalender müssen spätestens Dienstag den 9. April früh auf der Geschäftsstelle eingegangen sein.

**Sterbetafel.**

- Berlin.** Am 16. März starb unser Kollege Franz Weidemüller im Alter von 29 Jahren an Influenza und Diphtheritis.
- Duisburg-Beek.** Am 17. März verstarb plötzlich infolge eines Unfalles, unser treuer Kollege Johann Jäenroth im Alter von 44 Jahren.
- Göppingen.** Am 17. März starb unser Kollege Karl Hornung, Eisenreher, im Alter von 30 Jahren an einem Lungentiden.
- Münster i. W.** Am 19. März starb unser Vorstandemmitglied Kollege Wilhelm Hoppenberg im Alter von 37 Jahren an den Folgen einer Mittelohrentzündung.
- Sulzbach-Rosenberg.** Am 21. März starb unser treuer Kollege Leonhard Hill, Hochofenarbeiter, an Lungentzündung im Alter von 32 Jahren.
- Schw.-Gmünd.** Am 11. März starb unser Kollege Martin Wscher, Feingießer, im 46. Lebensjahre an Lungentzündung.
- Niheim.** Am 24. März starb unser Kollege G. Beders im Alter von 22 Jahren infolge eines Betriebsunfalles.
- Fulda.** Am 23. März starb unser Kollege Wilhelm Bilbhäuser im Alter von 45 Jahren an Lungenschwundlucht.
- Radvormwald.** Am 23. März starb unser treuer Kollege Albert Gilson im Alter von 61 Jahren an einem Leberleiden.

**Berammlungskalender.**

- Kollegen und Kolleginnen!  
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Samstag, den 6. April.**
    - Berlin-Moabit.** Versammlung bei Waberell, Gogkowskistr. 3A.
    - Eisenach.** Abends 8.30 Uhr im Weimarischen Hof.
    - Freiburg.** Jeden 1. und 3. Samstag im Monat, abends 8.30 Uhr im Gantersbräu, Schiffsr. 7.
    - Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König.
  - Montag, den 8. April.**
    - Somborn.** Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlieb, am Remarkt in Marzloh.
    - Hbg.-Oberweidrich.** Abends 6 Uhr bei Meiser, Eisen-Steelerstr.
    - Köln-Voll.** Morgens 11 Uhr bei Fäßhender, Hauptstr. 28.
    - Köln-Wingst.** Morgens 11 Uhr bei Büßelend, Strubenbergr. 2.
    - Köln-Brühl.** Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Uffstr. 8.
    - Köln-Rath-Jugendklasse.** Morgens 11 Uhr bei Hönigesberg, Breuerstr.
  - Mittwoch, den 10. April.**
    - Gräfenwid-Bechenhandwerker.** Abends 7.30 Uhr bei Kausch, Unorganisierte mitbringen.
  - Freitag, den 12. April.**
    - Sterkrade.** Abends 6.30 Uhr bei G. Sandfeld, Goltenstr. 1.
    - Worzhelm-Bilfingen.** Abends 8 Uhr in der Rose.
  - Samstag, den 13. April.**
    - Altenbörde.** Abends 8.30 Uhr bei G. Veeler, am Brink.
    - Berlin-Norden.** Abends 8.30 Uhr bei Thiede, Guffitenstraße 4-5.
    - Gamburg.** Abends 9 Uhr bei Schröder, Talfstr. 97.
    - Karlsruhe.** Abends 8.30 Uhr im Palngarten.
    - Köln-Ehrenfeld.** Abends 9 Uhr bei Kordörfer, Replerstr.
    - Köln-Ehrenfeld.** Abends 9 Uhr bei Schmitz, Frankfurtstr.
    - Hübenfeld.** Abends 8.30 Uhr bei G. Diemer, Wichtige Tagesordnung.
    - München.** Jeden 2. Samstag im Monat abends 8 Uhr im Lokale „Leonoldshof“, Senefelderstr. 11.
    - Solingen-Saun.** Abends 8.30 Uhr bei Krahwinkel.
    - Stuttgart-Buffenhäuser.** Abends 8.30 Uhr in der Traube.
    - Tübingen.** Jeden 2. Samstag im Monat.
  - Sonntag, den 14. April.**
    - Köln-Rath.** Morgens 11 Uhr bei Hönigesberg, Breuerstr. 14.
    - Köln-Ehrenfeld.** Morgens 11 Uhr bei Dier.
    - Köln-Meisenich.** Morgens 11 Uhr bei Siebeler.
    - Schaltmühle.** Nachm. 4 Uhr bei Bedder, Wichtiger Vortrag.
    - Siegburg.** Morgens 10.30 Uhr im Lokale Rinowitten, Roonprinzengr.
    - Sontheim.** Nachm. 2.30 Uhr in der Versammlung.
    - Strasbourg.** Vorm. 10.30 Uhr im Münchner Hof.
- Adressen**  
Wonn. Reiserunterfrang wird angezählt durch den Kollegen Stöck, Borsheimerstr. 39, abends 7.30 bis 8.30 Uhr.  
Stettin. Drückfasserer ist v. u. jetzt ob Kollege Schmidt; Krankenunterstützung wird auch am Sonntag abends ausgezahlt.